

# Die Estlandschweden und ihre Umsiedlung ins schwedische Mutterland während des Zweiten Weltkrieges\*

von

Herbert Petersen

Nahezu unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit, unter bewußter Zurückhaltung der deutschsprachigen und schwedischen Presse in beiderseitigem politischen Interesse, vollzog sich in den Jahren 1942—1945 die „Umsiedlung“ der sogen. Estlandschweden, einer Volksgruppe von 7 600 Personen (laut letzter Volkszählung des Jahres 1934)<sup>1</sup>, die seit Jahrhunderten als Bauern, Fischer und Schiffer an den nordwestlichen Küstenstreifen und auf den vorgelagerten Inseln Estlands gesiedelt hatte, nach dem schwedischen Mutterlande. Sie vollzog sich, den Umständen der Kriegszeit entsprechend, in einer ungewollten Kombination von verhandlungsmäßiger Regelung seitens des schwedischen Mutterlandes und der deutschen Behörden des Reichskommissariats Ostland bzw. des derzeitigen Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete und unregelter Flucht über die Ostsee.

Das „eigentliche Schweden-Gebiet“ Estlands war der Stadt Hapsal vorgelagert und umfaßte die Halbinsel Nuckö mit der rein schwedischen Gemeinde Rickholz (Rickul) und der estnisch-schwedisch gemischten Gemeinde Sutlep sowie der vorgelagerten Insel Odensholm im Finnischen Meerbusen. Ein weiteres größeres schwedisches Siedlungsgebiet war die Insel Worms (Ormsö, mit etwa 2500 Schweden), und außerdem wohnten Schweden noch hauptsächlich auf den Inseln Nargen (Nargö) vor Reval, auf Groß und Klein Rogö (Stora und Lilla Rågö) vor der Hafenstadt Baltischport und auf der rein schwedischen Insel Runö im Rigaschen Meerbusen. Gemischtsprachige Gemeinden hatten Kurks (Korkis) und Wichterpal (Vippal) östlich von Rickholz. Das waren „letzte Reste einer früher längs der ganzen Nordküste Estlands bis Wierland zusammenhängenden Niederlassung“.<sup>2</sup>

---

\*) Der Verfasser des Beitrages ist während der Drucklegung dieses verspätet erscheinenden Heftes der Zeitschrift für Ostforschung am 3. 6. 1981 verstorben. Daher mußten einige Angaben (vor allem zu den Repositoren mancher Schriftstücke aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes), die er noch in die Korrekturfahnen einfügen wollte, leider ausfallen. — Die Schriftleitung.

1) Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, hrsg. von C. Petersen, P. H. Ruth, O. Scheel und H. Schwalm, Bd. 2, Breslau 1936, S. 110.

2) G. Hafström: Estlandssvenskarna, in: Svensk Tidskrift 28 (1941), S. 512—519, hier S. 512. — Im Mittelalter war das schwedische Wohngebiet in Estland wesentlich größer als zur Zeit des schwedischen Exodus. Es umfaßte damals u. a. den ganzen Norden der Insel Dagö und den Süden der Insel Ösel,

## 1. Zur Geschichte der Estlandschweden

Die Auffassungen der Forscher über das Alter der schwedischen Niederlassungen in Estland gehen stark auseinander. Ältere Forscher sprechen von einer Ansiedlung in vor- und frühgeschichtlicher Zeit. Carl Russwurm<sup>3</sup> meint, sie sei in der jüngeren Wikingerzeit als „Militärkolonie“ zum Schutz der schwedischen Seeschifffahrt und zur Sicherstellung des Besteuerungsrechts des schwedischen Königs in Estland erfolgt. Das wäre nach der Zerstörung Sigtunas durch die Esten im Jahre 1187 zur Stärkung der schwedischen Machtstellung und zum Schutz früherer schwedischer Siedlungen in Estland erforderlich gewesen.

Den Ursprung der Siedlungen der Estlandschweden verlegt auch der finnlandschwedische Sprachforscher T. E. Karsten<sup>4</sup> in die vor- und frühgeschichtliche Zeit; er vermutet aber, sie seien wahrscheinlich noch älter, hält die Estlandschweden für einen Reststamm aus der Zeit der großen germanischen Völkerwanderung, der von den von Osten kommenden finno-ugrischen Stämmen nach und nach gegen die Küste Estlands gedrängt worden sei.

Evald Blumfeldt<sup>5</sup> hält die These Russwurms vom Ursprung der schwedischen Niederlassungen für recht schwach begründet; denn sie geht einfach von der märchenhaften Tradition der zahlreichen schwedischen Seefahrten aus, deren Wahrheitsgehalt er noch nicht an archäologischem Material zu überprüfen vermochte, weil die archäologische Forschung damals noch nicht so weit fortgeschritten war. Karsten konnte diese zugleich mit sprachwissenschaftlichen Hilfsquellen mehr als ein halbes Jahrhundert später in seiner Argumentierung wohl schon benutzen; aber seine diesbezüglichen Aussagen sind inzwischen veraltet. Die These von den Estlandschweden als einem germanischen Restvolk läßt sich auf Grund neuerer Forschungen nicht mehr halten. Andererseits zeigen archäologische Funde (z. B. Schiffssetzungen skandinavischen Typs aus dem letzten Jahrhundert vor Christi Geburt auf der Halbinsel Schworbe auf Ösel), daß es vor allem Handels- und Kulturverbindungen zwischen den Bevölkerungen der schwedischen und estländischen Ostseeküste gegeben hat. Skandinavische Kolonisten müssen an den Küsten Estlands und an der Nordküste Kurlands gesiedelt haben; offenbar aber sind sie recht bald von der Urbevölkerung assimiliert worden. Laut Blumfeldt kann diese

---

hinzu kam eine zahlreiche schwedische Bürgerschaft in Narva, Hapsal und Arensburg; in den beiden letztgenannten Städten wohnten noch bis zuletzt viele Schweden, als Nachkommen der Bauern, Fischer und Seefahrer.

3) C. Russwurm: Eibofolke oder die Schweden an den Küsten Ehistlands und auf Runö, Reval 1855, hier Teil I, S. 35 ff.

4) T. E. Karsten: Die Germanen (Grundriß der germanischen Philologie, Bd. 9), Berlin, Leipzig 1928, hier S. 118; ders.: Altgermanisches Sprachgut in den ostbaltischen Ländern, in: Baltische Lande, Bd. I, Leipzig 1939, hier S. 78. — Die Auffassung, die Estlandschweden seien der Rest einer früheren germanischen Bevölkerung, ist auch schon im 17. Jh. zum Ausdruck gekommen.

5) E. Blumfeldt: Estlandssvenskarnas historia, in: En bok om Estlands svenskar, hrsg. von „Kulturföreningen Svenska Odlingens Vänner“, Stockholm 1961, S. 65—178.

Einwanderung „jedenfalls nicht mit der späteren estlandschwedischen Niederlassung in Verbindung gebracht werden“.<sup>6</sup> Vorgeschichtliche Funde sind in den Gebieten, wo Estlandschweden in historischer Zeit siedelten, nicht gefunden worden. Daraus schließt Blumfeldt, daß die späteren estlandschwedischen Siedelgebiete bis kurz vor Beginn der historischen Zeit Wildnis gewesen sind.

Blumfeldt zitiert Paul Johansen<sup>7</sup>, der schon in den 1920er Jahren geltend gemacht hat, daß die Estlandschweden sich an den Küsten Estlands und auf den Inseln erst in historischer Zeit niederlassen konnten, nachdem Deutsche und Dänen in den Jahren zwischen 1210 und 1220 die Esten besiegt und christianisiert hatten. Johansen belegt seine These auch mit dem Fehlen schwedischer Ortsnamen aus vorhistorischer Zeit in Estland und mit der Tatsache, daß estnische Bauern des Binnenlandes seit alters das Nutzungsrecht (Fischfang, Waldwirtschaft etc.) in den späteren estlandschwedischen Küstengebieten gehabt haben, was bei einem vorhistorischen Ursprung der Estlandschweden undenkbar gewesen wäre. Er hält die Kolonisierung der estländischen Inseln durch die Schweden für eine Teilerscheinung des Kolonisierungsprozesses, der auch Veranlassung zur mittelalterlichen schwedischen Einwanderung in Finnland gewesen ist.<sup>8</sup> Blumfeldt stellt daher fest, daß zweifellos erst die von Johansen „klar und deutlich formulierte These vom mittelalterlichen Ursprung der estlandschwedischen Niederlassung richtig“ ist. Johansens These schließe die Möglichkeit der Anwesenheit schwedischer Kolonisten in Estland zu anderen Zeiten nicht aus, sie „verneint nur eine Kontinuität“ zwischen solchen eventuellen Siedlungen und der späteren, in historischer Zeit zu beobachtenden estlandschwedischen Kolonisation.<sup>9</sup>

Die schwedische Siedlung an Estlands Küsten begann also in historischer Zeit „mit Zustimmung und Unterstützung“ der jeweiligen Landesherren in Estland (Dänen, Deutscher Orden und Bischof von Ösel-Wiek). Über den exakten Zeitpunkt des Beginns der Einwanderung, ihren Verlauf und die Motive der Landesherren für ihre Begünstigung fehlen nach Blumfeldt nähere Angaben. Soviel, meint er, dürfte jedoch klar sein, daß schwedische Bauern und Fischer bereits seit Beginn des 13. Jahrhunderts sich in den estländischen Küstenbereichen niedergelassen haben.<sup>10</sup>

6) Ebenda, S. 66 f.

7) P. Johansen: Siedlung und Agrarwesen der Esten im Mittelalter (Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft, Bd. 25), Dorpat 1925. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich P. Johansen ausführlich mit den Estlandschweden befaßt: Nordische Mission. Revals Gründung und die Schwedensiedlung in Estland (Kungl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademiens Handlingar, 74), Stockholm 1951. Zu den Rechten estnischer Binnenlandgemeinden an den Küsten vgl. auch ders.: Einige Funktionen und Formen mittelalterlicher Landgemeinden in Estland und Finnland, in: Vorträge und Forschungen, Bd. VIII, Konstanz, Stuttgart 1964, S. 273—306. — Siehe auch Blumfeldt (wie Anm. 5), S. 67.

8) Vgl. Johansen, Nordische Mission, S. 114—118, 141; Blumfeldt, S. 67.

9) Blumfeldt, S. 67.

10) Ebenda, S. 68.



Die schwedischen Siedlungsgebiete in Estland  
 (Aus: En bok om Estlands svenskar, hrsg. von  
 "Kulturföreningen Svenska Odlingens Vänner",  
 Stockholm 1961, S. 10)

Inzwischen hat sich eine Reihe von Historikern der Auffassung Johanssens angeschlossen und sie sich zu eigen gemacht. So stellt Gerhard Hafström<sup>11</sup> die estlandsschwedische Kolonisation in Zusammenhang mit dem Beginn und der Durchführung der von Schweden zielbewußt betriebenen Kolonisation der finnischen Küstenstriche, die im 12. Jahrhundert gleich den estnischen noch Wildnis und unbewohnt gewesen seien. Hafström meint, es läge nahe, eine „gleichzeitige schwedische Kolonisation auch der südlichen Strände des Finnischen Meerbusens“ anzunehmen. Damit sei eine Sicherung der schwedischen Handelsflotte vor Überfällen der damals noch heidnischen Esten erreicht worden. Es sei daher auch kein Zufall, daß die schwedischen Niederlassungen dicht bei den uralten Handelswegen lagen. Für besonders typisch hält er, daß sie auf den Norden der Insel Dagö und den Süden von Ösel konzentriert waren, d. h. an den Einfahrtsstraßen zum Finnischen und dem Rigaschen Meerbusen, und gleichzeitig auch an anderen strategisch wichtigen Punkten. Das erklärt, warum Estlands Schwedensiedlungen oft unter Kriegseinwirkungen leiden mußten und daß die estlandsschwedische Bevölkerung unmittelbar nach Abschluß des russisch-deutschen Paktes im August 1939 „sich plötzlich im Zentrum der welthistorischen Ereignisse befand“.

Die erste völlig sichere Angabe über schwedische Niederlassungen an Estlands Küsten geht auf das Jahr 1294 zurück.<sup>12</sup> Blumfeldt meint hierzu, daß diese erste Woge schwedischer Einwanderer nach Estland zu Beginn des 13. Jahrhunderts nicht sehr intensiv gewesen sein könne, denn sonst hätten die Quellen mehr von diesem Ereignis gebracht.<sup>13</sup>

Eine neue Welle der schwedischen Einwanderung nach Estland scheint um 1340 eingesetzt zu haben, nachdem 1343 der große Estenaufstand niedergeschlagen worden war.<sup>14</sup> Dieser hatte zwei Folgen: Einmal verschlechterte sich die rechtliche Stellung der Esten, und infolgedessen erweiterte sich das Dispositionsrecht der Landes- und Grundherren über Äcker, Wald und Fischgewässer. Zum anderen lagen viele Höfe und Dörfer öde. Blumfeldt hält es nicht für ausgeschlossen, daß auch ein Teil der früheren schwedischen Siedlungen dabei zerstört worden war, besonders „auch weil sie gegen die Wirtschaftsinteressen und traditionellen Rechte der estnischen Bauern zustande gekommen waren“. Das Interesse der Landes- und Gutsherren erforderte eine möglichst schnelle neue Besiedlung der verödeten Gebiete, „selbst wenn es sich als notwendig erweisen sollte, mit Hilfe von Menschen aus anderen Ländern als aus Estland“. Aus dem fünften Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts liegen auch die ersten Urkunden vor, in denen konkrete Fälle schwedischer Kolonisierung

---

11) G. Hafström: Estlandssvenskarna, in: Svensk Tidskrift 28 (1941), S. 512—519; ders.: Estlandssvenskarna och deras kolonisation i Sverige, in: Nordisk tidskrift för vetenskap, konst och industri, utgiven av Letterstedtska Föreningen, nya serie i samarbete med Föreningen Norden, 21 (1945), S. 33—39.

12) Johansen, Nordische Mission, S. 120 f., 240; Blumfeldt, S. 68 f.

13) Blumfeldt, S. 70. Vgl. auch Johansen, Nordische Mission, S. 116.

14) Johansen, Nordische Mission, S. 121; Blumfeldt, S. 70.

in Estland angegeben sind. Dies ist kaum ein zufälliges Zusammentreffen. Blumfeldt deutet das so, daß jetzt größerer Bedarf an der Unterbringung schwedischer Kolonisten vorlag.<sup>15</sup>

Den Auftakt zur neuen Einwanderungswelle bildeten Bodenkäufe von Schweden in Harrien (eine *curia* in Laydes/Laoküla und die Insel Groß Rogö) im Jahre 1354; sie erfolgten auf der Grundlage des sogen. schwedischen Rechtes (*ius Svecicum*).<sup>16</sup> Auch die Lebensverhältnisse auf der zur Diözese Kurland gehörenden Insel Runö waren seit 1341 nach schwedischem Recht geregelt. Diese neue schwedische Einwanderungswelle war erheblich kräftiger als die vorhergegangene. Sie dürfte um die Wende zum 15. Jahrhundert kulminiert und dann nachgelassen, sich aber auch später in geringerem Umfang bis zum Zusammenbruch des livländischen Ordensstaates im Jahre 1561 oder gar bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts fortgesetzt haben.<sup>17</sup>

Die Quellen geben über die Herkunft der schwedischen Siedler noch weniger Auskunft als über den Zeitpunkt der Einwanderung nach Estland. Nur in bezug auf die Insel Ösel gibt es einzelne, verhältnismäßig späte Angaben darüber, daß „mindestens ein Teil der späteren Ösel-Schweden Gotländer (gutar) waren“<sup>18</sup>, also von der schwedischen Insel Gotland gekommen sind. In einer Gerichtsurkunde vom Jahr 1490 tritt als Zeuge *honestus vir Jacobus Nicolai, colonus partis insulae, quae dicitur Sworve ... ex insula Gotlandia oriundus* auf, dessen anschließend beschriebener Lebenslauf ihn als den etwa 1396 geborenen Sohn des aus Gotland ausgewanderten *Nicolaus Nicolai* ausweist, neunzig Jahre später war er Bauer auf der Halbinsel Schworbe. Beim gleichen Prozeß treten noch zwei Bauern mit schwedischen Namen auf.<sup>19</sup> Daß die Ösel-Schweden wirtschaftliche Verbindungen mit Gotland und Familienbeziehungen dorthin gehabt haben, zeigen auch andere Umstände aus der Mitte des 16. Jahrhunderts.

Über die Herkunft der schwedischen Einwanderer in den übrigen Orten Estlands berichten nur die lokalen Volksüberlieferungen und in gewissem Sinne die Ortsnamen. Ausgehend von den Ortsnamen ist angenommen worden, daß die Schweden der Insel Worms von Nyland (heute Finnland) gekommen sind, ebenso viele der nach Padiskloster Ausgewanderten.

15) Blumfeldt, S. 70.

16) Zum „schwedischen Recht“, das nicht nur eine besondere Regelung der Besteuerung beinhaltet haben wird, sondern den Estlandschweden wohl auch die Beibehaltung der aus ihrer Heimat gewohnten Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsformen und vor allem die persönliche Freiheit garantierte, siehe Blumfeldt, S. 101 ff., z. T. in Auseinandersetzung mit den den Inhalt des „schwedischen Rechts“ in Estland zu eng fassenden Ansichten von R. Hemmer: *Den svenska bosättingens på Runö ålder*, in: *Festskrift för professorn, jur. dr Otto Hjalmar Granfelt, Helsingfors 1934*, S. 282—288.

17) Johansen, *Nordische Mission*, S. 205, 216 f., 309 f.; Blumfeldt, S. 72. — Die Fortsetzung der Einwanderung bis 1561 nimmt Blumfeldt (S. 72), bis etwa 1750 Johansen (S. 116 f.) an.

18) Blumfeldt, S. 87.

19) Johansen, *Nordische Mission*, S. 301; Blumfeldt, S. 87 f.

Blumfeldt hält die überlieferten Angaben im Hinblick auf die finnischen Verbindungen des Klosters, das im Mittelalter auch Grundbesitz in der Provinz Nyland besaß, für sehr wahrscheinlich. Da Nyland selbst von den Schweden aber erst etwa in den fünfziger Jahren des 13. Jahrhunderts kolonisiert wurde, kann eine Auswanderung von dort nach Estland kaum früher als Ende des 13. Jahrhunderts erfolgt sein. Schriftliche Zeugnisse zeigen, daß Nyland einer der wichtigsten Bereiche für die Einwanderung von Schweden in das mittelalterliche Reval gewesen ist.<sup>20</sup>

Eine sichere Antwort auf die Frage nach der Herkunft der schwedischen Kolonisten gibt es nicht. Sie werden sicher von verschiedenen Gebieten zu sehr verschiedenen Zeiten und „offensichtlich niemals in so großer Anzahl“ gekommen sein, „daß ihre Auswanderung zu Entvölkerung geführt oder Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben des Herkunftsortes verursacht haben wird“. Nur so ließe sich die Tatsache erklären, daß diese Auswanderungsbewegung für die Ursprungsorte niemals so alarmierend gewesen ist, daß sie eine Spur in den Quellen hinterlassen konnte.<sup>21</sup>

Es bleibt die Frage nach dem Grund der Auswanderung. Auch sie läßt sich aus den Quellen nicht erschöpfend beantworten. Blumfeldt meint, daß die damals besonders stark wachsende Bevölkerung sowohl in den finnländischen Kolonisationsgebieten wie im Mutterlande Schweden zu Schwierigkeiten in der Ernährung geführt hätte und Veranlassung zur Auswanderung gewesen sein könnte. Er weist aber darauf hin, daß in Estland „alle Neuankömmlinge von den Landesherren mit offenen Armen empfangen wurden. Die Kolonisierung der unbewohnten Strandgebiete und Inseln brachte den Machthabern, zumindest auf längere Sicht, neue Einnahmen“. Es ist auch geltend gemacht worden, daß die Landesherren durch die schwedische Kolonisierung der Küstenstrecken und Inseln die „christliche Seefahrt“ vor den Esten sichern wollten, die sich trotz Annahme der christlichen Lehre der Seeräuberei und Wrackplünderung hingaben. Dieses Motiv geben die Volksüberlieferungen an, und auch Russwurm und Johansen bedienen sich dieser These; nach Johansen haben die Landesherren die Siedlungsgebiete der schwedischen Einwanderer planmäßig gestaltet, um so, wie mit einer Wehrzone und Hindernissen, die kürzlich christianisierten, aber der Seeräuberei anheimgefallenen Esten vom Meer abzuhalten.<sup>22</sup> Blumfeldt meint allerdings, man sollte die Bedeutung der Schwedendörfer für die Schifffahrt nicht überschätzen, denn der Schwerpunkt der im Mittelalter entstandenen schwedischen Siedlungen lag ja von Anfang an gerade bei den für die Handelsschifffahrt relativ bedeutungslosen Küstenbereichen der Wiek. Blumfeldt sieht die Gründe für die Begünstigung der schwedischen Kolonisierung durch die Bischöfe von Ösel-Wiek vielmehr in rein wirtschaftlichen Interessen. Erstens brachte die Kultivierung bisher brachliegender Gebiete ihnen neue Einnahmen, und zweitens wollten die Bischöfe effektiver als bisher die

---

20) Johansen, *Nordische Mission*, S. 133; Blumfeldt, S. 88.

21) Blumfeldt, S. 89.

22) Ebenda, S. 89 f.

reichen Fischgründe ausnutzen und damit eine Schicht schwedischer Fischer und Bauern schaffen, die sich in größerem Umfang als die estnischen dem Fischereigewerbe widmeten und damit für eine kontinuierliche Versorgung des zahlreichen weltlichen und besonders geistlichen Personals des bischöflichen Hofes sorgten. Fisch war im Mittelalter bei den zahlreichen Fastenbestimmungen und sonstigen kirchlichen Observanzen ein wichtiger Bestandteil der Speisezettel. Aus spätmittelalterlichen Quellen geht dann auch deutlich hervor, daß gerade die Gebiete von Ösel-Wiek und Padiskloster „in auffallendem Umfang diesen Bedarf an Fisch mit Lieferungen der Schweden gedeckt haben“.<sup>23</sup>

Daß die estlandsschwedische Volksgruppe durch die Jahrhunderte ihr schwedisches Volkstum erhalten konnte, ist zum großen Teil ihrer geographischen, sozialen und kulturellen Isolierung zuzuschreiben.<sup>24</sup> In den Siedlungsgebieten, wo nach der Pest des Jahres 1710 sich in der Nachbarschaft der schwedischen Bevölkerung Esten niedergelassen hatten, trat gleichwohl eine Auflockerung der Volkstumsgrenzen ein, und auch die Schweden in den Städten waren in hohem Grade einer Entnationalisierung ausgesetzt. Für die Hauptmasse der Bevölkerung in den schwedischen Siedlungsgebieten gilt das nur bedingt. Noch während des Zweiten Weltkrieges konnte eine reichsschwedische Delegation dort aufschlußreiche Beobachtungen mit Menschen machen, die nur den estlandsschwedischen Dialekt sprachen.<sup>25</sup> Aber die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der zwanziger und dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts mit der Bildung des nationalen Freistaates Estland bedeutete auch für die schwedische Minorität eine empfindliche Zäsur. Seither hatte sie es mit drei zunehmend komplizierten Problemen zu tun: erstens nahm die Entnationalisierung im Umfang zu; zweitens veränderte die verstärkte Auswande-

23) Ebenda, S. 90 f.

24) H. Hyrenius: *Estlandssvenskarna. Demografiska studier*, Lund 1942, hier bes. S. 263 f. — Nach Auskunft des Sohnes des Verfassers, Universitätslektor H. O. Hyrenius, Lund, hat Hannes Hyrenius seit 1936 selbst Untersuchungen über estlandsschwedische Bevölkerungsverhältnisse in Estland mit Unterstützung der estlandsschwedischen Brüder Propst Hjalmar Pöhl und Pastor Ivar Pöhl vorgenommen, beginnend auf der Insel Worms, wo die Kirchenbücher bis 1834 sich am Ort befanden, dann im Estländischen Staatsarchiv. Zur Durchsicht der Kirchenbücher der Insel Runö kam es wegen der Kriegereignisse nicht mehr. — Die estlandsschwedischen Kirchenbücher wurden nach 1834 wie auch alle anderen Kirchenbücher Estlands zunächst auf Deutsch geführt, dann gab es russische Kirchenbücher oder auf Russisch fortgesetzte alte deutsche Bücher; an einigen Orten gab es parallele russische und deutsche Eintragungen. Nach 1918 wurden die Kirchenbücher in rein schwedischen Gemeinden auf Schwedisch geführt, in gemischten Gemeinden für den schwedischen Teil auf Schwedisch, für den estnischen auf Estnisch. Ab Sommer 1926 wurden die Kirchenbücher auch in rein schwedischen Gebieten auf Estnisch geführt.

25) C. Mothander: *Svenske kungens vita skepp. Det äventyrliga spelet om estlandssvenskarna*, Stockholm 1949. „Es machte auf uns einen merkwürdigen Eindruck, ganze Familien mit echt schwedischen Namen anzutreffen, die nicht ein Wort Schwedisch verstanden. Aber noch merkwürdiger war es, auf Worms ältere Schweden anzutreffen, die nicht ein Wort Estnisch verstanden. Das heißt wirklich, in der Isolierung gelebt zu haben.“ (S. 80)

rung nach dem schwedischen Mutterland Größe und Struktur der estland-schwedischen Bevölkerung, und drittens waren in den letzten Jahren durch die Auswanderung von Jugendlichen (Ausbildung in Schweden, dort bessere Verdienstmöglichkeiten) sinkende Geburtenzahlen festzustellen.<sup>26</sup>

Der reichsschwedische Pastor und spätere Bischof von Skara Sven Danell<sup>27</sup>, der sieben Jahre lang Pastor der Estlandschweden im Kirchspiel Nuckö war, nennt die Zeit der staatlichen Selbständigkeit Estlands dennoch eine „kulturelle Hochzeit“ für die Estlandschweden; denn sie nahmen an der fortschrittlichen Minoritätengesetzgebung teil.<sup>28</sup> Diese sah schwedischsprachige Schulen vor, die vom Staate im gleichen Maße unterstützt werden sollten wie die estnischen. Ein staatlich angestellter schwedischer Volkssekretär, zugleich schwedischer Schulinspektor, saß im Kultusministerium. Die Vereinigung „Svenska Odlingens Vänner“, schon in der Zarenzeit von Hans Pöhl, Johan und Joel Nyman gegründet, wurde zu der die Schweden vereinigenden Organisation. Ihr „Schoßkind“ war die landwirtschaftliche Volkshochschule in Birkas, in Hapsal gab es seit 1931 ein schwedisches Gymnasium und dort auch periodisch wiederkehrende Sängerkonvente. Die hauptsächlich aus dem Mutterlande Schweden kommenden Lehrer waren bestrebt, die Schüler „zu guten Bürgern des eigenen Landes zu erziehen“; denn man wies — unter der Voraussetzung eines freien, selbständigen Estland — den Estlandschweden „eine Brückenfunktion zwischen zwei miteinander freundschaftlich verbundenen Nationen“ zu. Reichsschwedische Besucher und die Presse in Schweden haben aber diesen Intentionen — laut Danell — nicht immer genügend Beachtung geschenkt. Nuckö und Worms waren eigene schwedische Kirchspiele; zu Revals schwedischem Kirchensprengel („Kontrakt“) unter einem Reichspropst gehörte auch ein Seemannspastor. Solange sich die praktische Innenpolitik in den Grenzen der generösen Minoritätengesetzgebung hielt, war die Arbeit der schwedischen Lehrer und Pastoren nicht schwer,

---

26) Hyrenius, S. 263.

27) S. Danell: *Guldstrand. Minnen från sju år i Estland*, Stockholm 1952. — Danell berichtet, daß die Schüler des Hapsaler Gymnasiums ihre Schul- und Unterkunftsabgaben in Naturalien beglichen, die am ersten Schultag unter Aufsicht der Hausmutter selbst abgewogen und abgeliefert wurden; die Butter behielten sie zur eigenen Verfügung. — Bei jedem estlandschwedischen Treffen wurden die estnische Nationalhymne (Staatshymne) und das eigene schwedische Lied „Modersmålets sång“ gesungen. — Zur Frage der unterschiedlichen Dialekte der Estlandschweden vermerkt Danell, daß sie von Gegend zu Gegend erheblich wechselten. So verstanden Worms- und Nuckö-Schweden einander ohne Schwierigkeiten, aber der Rogö- und Runö-Dialekt war ihnen zunächst unverständlich. Hochschwedisch und Nuckö-Dialekt unterschieden sich ungefähr so voneinander wie das Hochschwedische vom Norwegischen.

28) Im parlamentarischen Bereich schlossen sich 1929 Deutsche und Schweden in Estland zu einem Wahlblock zusammen. Mit Hilfe deutscher Stimmen konnte daraufhin ein schwedischer Abgeordneter in das Parlament Estlands gewählt werden; es war dies der später von den Russen verschleppte Mathias Westerblom.

erinnert sich Danell. Während der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zeigten sich jedoch bei den Behörden Tendenzen zu veränderter Haltung. Er erwähnt dies, um seinen Bericht nicht als Schönmalerei erscheinen zu lassen: nicht immer habe sich das hohe Ideal in der Praxis verwirklichen lassen.

## 2. Die estlandschwedische Frage während des Zweiten Weltkrieges

Der Abschluß des deutsch-russischen Paktes im August 1939 versetzte die estlandschwedische Bevölkerung plötzlich ins Zentrum der weltpolitischen Ereignisse.<sup>29</sup> Der im September 1939 zwischen Estland und der Sowjetunion abgeschlossene Beistandspakt räumte der Sowjetunion u. a. das Recht auf bestimmte militärische Stützpunkte ein. Von den Inseln Odensholm, Groß und Klein Rogö und Nargen wurde die estlandschwedische Bevölkerung auf das estländische Festland in die estlandschwedischen Siedlungen evakuiert; sie wurden dort den Kleinbauern auf ihrem mageren Boden zur wirtschaftlichen Last. Der Fischfang war durch die Inselbesetzungen ohnehin erschwert. Im Juli 1940 kam es dann nach „Neuwahlen“ zum Parlament und einer Regierungsumbildung zur Entstehung des Sowjetstaates Estland und dessen Anschluß an die UdSSR. Im Zusammenhang damit wurden Sowjettruppen nach Estland verlegt, wovon die estlandschwedische Küstenbevölkerung besonders hart betroffen wurde. Im Jahr vorher waren die Deutschbalten „heim ins Reich“ geholt worden. Den Estlandschweden wurden in dieser Zeit einige tausend Ausreiseanträge genehmigt; als aber die Ausreise erfolgen sollte, erhielten nur 110 Einwohner von Rogö die Möglichkeit, nach Schweden überzusiedeln.

Im Sommer 1941 brach der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus, und beim Vorrücken der deutschen Truppen konnten sich die Sowjettruppen am längsten in Nordwest-Estland halten. Die Schweden-siedlungen gerieten in eine ernste Lage; die an sich schon schwierigen Ernährungsverhältnisse verschlechterten sich weiter, und ein Teil der männlichen Bevölkerung wurde von den Sowjets mobilisiert. Hannes Hyrenius<sup>30</sup> hat Angaben von Propst Pöhl veröffentlicht, denen zufolge fast 300 Estlandschweden im Jahre 1941 gefallen, umgekommen oder sonstwie verschwunden sind. Darunter waren führende Persönlichkeiten, wie der Chef des schwedischen Schulbüros im estnischen Kultusministerium, der estlandschwedische Volkssekretär Nils Blees. Carl M o t h a n d e r<sup>31</sup> beziffert die in der Nacht vom 13. zum 14. Juni 1941 Verhafteten

29) Außer den im folgenden genannten Quellen und Abhandlungen ist zum Schicksal der Estlandschweden seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die Arbeit von V. A m a n: Estlandssvenskarna under andra världskriget. Överflyttningen till Sverige, in: En bok om Estlands svenskar, Stockholm 1961, S. 179—264, heranzuziehen, die auch Auszüge aus Erlebnisberichten von Umsiedlern bietet.

30) Hyrenius, S. 263 f.

und Verschleppten aus der estnischen Intelligenz mit etwa 14 000 Personen.

In Schweden war diese sich komplizierende und vor allem zu Beginn des Zweiten Weltkrieges sich zuspitzende Situation des kleinen schwedischen völkischen Außenpostens weder unbemerkt noch unbeachtet geblieben.<sup>32</sup> Der Estland-Ausschuß der Stockholmer Abteilung der „Reichsvereinigung zur Bewahrung des Schwedentums im Ausland“ (Riksföreningen för svenskhetens bevarande i utlandet) beantragte bei der Regierung die Einsetzung eines Komitees für die Betreuung der Estlandsschweden, die auf Grund eines Antrages dieses Estland-Ausschusses bei der schwedischen und estnischen Regierung nach Schweden übergeführt werden könnten. Am 13. September 1940 beauftragte die Regierung ein Komitee damit, sich der von den Rogö-Inseln in Estland kommenden Personen schwedischer Abkunft anzunehmen und ihnen Arbeitsplätze in Schweden zu beschaffen. Das Komitee wurde „Komitee für die Rogö-Schweden“ benannt und im Mai 1944 in „Komitee für die Estlandsschweden“ (Kommittén för estlandssvenskarna) umgetauft.<sup>33</sup>

---

31) Mothander, S. 21 f. — Mothander notiert, unter den Estlandsschweden sei — nachdem die Deutschbalten umgesiedelt waren — die Sehnsucht nach einem „weißen Schiff des schwedischen Königs“ aus einer angeblich alten Sage, das sie nach ihrem Mutterlande bringen würde, stark aufgebrochen. Der schwedischen Regierung wirft er vor, den Zeitpunkt für eine Repatriierung damals verpaßt zu haben, einige Wochen lang wären die Aussichten dazu „recht günstig“ gewesen. Von einem (nicht genannten) estnischen Minister will er gehört haben, daß Estland keine Schwierigkeiten gemacht hätte. Als Stockholm die Frage mit den Russen zur Sprache gebracht hätte, sei es zu spät gewesen. Hierzu (undatiert und anonym) Akten des Auswärtigen Amtes: „Estnischer Außenminister Andresen bestätigt in Interview 10. 8. 1940 auf Frage: „wird die estnische Räterepublik eine wahlweise Auswanderung der schwedischen Volksgruppe, die nach Art und Lebensform kaum Gefallen an der Neuordnung der politischen Struktur Estlands finden dürfte, zulassen?“ Antwort: bezüglich dieser Frage bestätigt er das Vorhandensein einer Übereinkunft zwischen Estland und Schweden über die Umsiedlung aller Glieder der schwedischen Volksgruppe, die den Wunsch hätten, Estland zu verlassen.“ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (weiterhin zitiert: AA, PA).

32) AA, PA, Inl. II D, 36/2: Werner Hasselblatt, Bericht vom 18. 3. 1944 über die Einstellung Stockholms zu den Estlandsschweden.

33) Kommittén för estlandssvenskarna. Redogörelse över dess verksamhet 1940—1950. Die folgenden Ausführungen stützen sich — soweit nicht andere Quellen genannt werden — auf diesen Tätigkeitsbericht des Komitees für die Estlandsschweden. — Zu Mitgliedern des Komitees wurden ernannt E. Sandström (Justizrat), S. Curman (Reichsantiquar), J. Forslund (Mitglied der Ersten Kammer des Reichstages), S. Hellstedt (Legationsrat im Außenministerium, früher Gesandter in Reval), G. Kuylenstjerna (Generaldirektor und Chef der Domänenverwaltung), E. Lindenberg (Chef der Eigenheimdirektion), S. Skogh (Chef der Arbeitsvermittlungsbehörde) und G. Ytterborn (Bürochef in der Landwirtschaftsbehörde). Das Sozialministerium ernannte Lic. G. Hafström zum Sekretär, Dr. C. W. Hessele war für Fischereifragen, der Beamte des Stockholmer Arbeitslosenausschusses A. Karlsson für Wohnungsfragen, Dr. H. Hyrenius für bevölkerungssstatistische Ermittlungen verantwortlich. Später kamen noch ein Vertreter der Auslandsschwedischen Vereinigung, der Chef der Ausländerkommission E. Bexelius und Advokat Östberg (Schatzmeister 1943) als

Die Regierung entband die Mitglieder des Komitees mit Erlaß vom 24. Januar 1947 ihrer Aufträge. Drei Komiteemitglieder, nämlich der Reichsantiquar Curman, Dr. Hafström und Advokat Östberg, die bisher den aktiven Arbeitsausschuß gebildet hatten, brachten die Arbeit zum Abschluß. Durch Regierungsverordnung vom 9. Juni 1950 wurden die drei Genannten dann entsprechend dem Reichstagsbeschuß Nr. 155 ermächtigt, ihren Auftrag mit Ausgang des Budgetjahres 1949—50 abzuschließen.

Aus der umsichtigen Zusammensetzung dieses Komitees läßt sich zwar nicht eindeutig schließen, daß die schwedische Regierung prinzipiell entschlossen war, ihren völkischen Außenposten im Osten aufzugeben, wohl aber, daß sie willens war, in bezug auf den kleinen schwedischen Volksplitter die Konsequenz zu ziehen und ihn ins Mutterland zurückzuführen, falls er in Estland infolge der Kriegseinwirkungen und/oder infolge Überfremdung durch die Esten und unzureichender Geburtenzahlen unter den Estlandsschweden auf die Dauer dort nicht zu halten sein würde. Der große Apparat läßt darauf schließen, daß sie mit einer Gesamtumsiedlung rechnete.

Nachdem Estland 1941 von den deutschen Truppen besetzt worden war, kam es für die Reichsschweden zunächst darauf an, sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage der Volksgruppe zu machen. Damals zeigte Stockholm gegenüber Berlin erstmalig Interesse an der Volksgruppe. Eine vom schwedischen Außenminister ernannte Delegation unter Führung des Abgeordneten der Ersten Kammer und Kammerherrn des Königs James Dickson, des Fil. lic. und jur. kand. Gerhard Hafström und des Major Carl Mothander reiste am 18. Januar 1942 via Berlin nach Estland und kehrte am 14. Februar 1942 nach Stockholm zurück. Nach ihrer Rückkehr bildete sich — soweit feststellbar auf Initiative des (Roten-Kreuz-)Majors Mothander — unter Vorsitz des früheren Stockholmer Bürgermeisters Lindhagen ein privates Komitee, das eine Sammlung zugunsten der Estlandsschweden startete und Bedarfsartikel verschiedener Art, wie Bootsmotoren, landwirtschaftliche Geräte, Krankenpflegematerial, Kleider, Lebensmittel, Lehrmaterial etc., einkaufte.<sup>34</sup> Diese wurden später von einer vom Auf-

---

Komiteemitglieder hinzu. Vorsitzender des Komitees wurde Sigurd Curman (1879—1966, Reichsantiquar 1923—1946).

34) Mothander berichtet in seinem Buch „Svenske kunges vita skepp“ (S. 11 f.), er habe sich, nachdem Estland 1941 von deutschen Truppen erobert worden war, in Zeitungsartikeln und persönlich als Motor für die Sache der Estlandsschweden engagiert. Der Reichsschwede Mothander war mit einer baltischen Baroness Wrangell verheiratet, hatte jahrelang in Reval gewohnt, die Stadt erst kurz vor Ende 1940 verlassen und „trotz der Freude, davongekommen zu sein, ein unbehagliches Gefühl im Magen“. Der schwedische Außenminister Günther, zu dem er zuerst vorgedrungen war, befand, daß Geld für eine Hilfsaktion nicht vorhanden wäre und erst vom Reichstag bewilligt werden müsse. Der frühere Gesandte Einar Ekstedt, der 1922 zusammen mit dem Stockholmer Oberbürgermeister Torsten Nothin und dem Bürgermeister Carl Lindhagen Hilfssendungen in die Hungergebiete Rußlands organisiert hatte, riet ihm, ein Komitee aus wenigen, aber bekannten Personen zu bilden und mit diesem an die Regierung heranzutreten. Den Vorsitz übernahm Mothanders „alter väter-

sichtsratsvorsitzenden des Schwedischen Roten Kreuzes, Prinz Carl von Schweden, damit beauftragten Delegation, der wiederum Dickson, Hafström und Mothander sowie Major H. Porry angehörten, in der Zeit vom 11. Juni bis 1. Juli 1942 in die estlandschwedischen Siedlungen gebracht. Die Delegation hatte außerdem den Auftrag, die Krankenpflege dort zu organisieren. Ihr waren zwei Krankenschwestern zugeteilt, die auf Runö und Worms stationiert wurden.

„Auf Initiative dieser beiden Delegationen“ — so heißt es wörtlich im Bericht des „Komitees für die Estland-Schweden“ — „nahm das schwedische Außenministerium Verhandlungen mit den deutschen Behörden auf, sowohl in Berlin wie auch im okkupierten Estland. Aus diesen Verhandlungen, bei welchen deutscherseits Dr. Kleist<sup>35</sup> in positivem Geist mitgewirkt hat, resultierte schließlich die Ausreisebewilligung für eine Anzahl kranker Personen und alter Menschen estlandschwedischer Herkunft.“ Laut diesem schwedischen Bericht wurden im Mai 1943 42 Estlandschweden — die Hälfte Kranke oder Alte, der Rest Personen mit nahen Angehörigen in Schweden — mit dem schwedischen Lazarettenschiff „Seagull“ nach Schweden gebracht. Im November 1943 transportierte der schwedische Dampfer „Odin“ in drei Reisen 736 Personen, zur Hälfte Alte oder Kranke. Diese Transporte wurden in Estland von Major Mothander organisiert. Im Februar 1944 landete ein weiterer Transport mit 60 Estlandschweden via Finnland in Schweden.

---

licher Freund“ Lindhagen, die Kassenführung Major Ernst Killander. In wenigen Wochen hatte das Komitee fast eine Viertelmillion Schwedenkronen in bar und in Waren gesammelt. Inzwischen hatte das Außenministerium die Delegation von Sachkundigen beisammen, die „unter diplomatischen Formen“ nach Estland geschickt werden sollte. Auf Initiative des Ministerialrats Hellstedt wurde ihr der Major Mothander als erprobter Experte auf diesem Gebiet attachiert. — Mothander notiert, daß die Delegation deshalb noch lange nicht auf den Weg kommen konnte. „Mal für Mal schob Berlin seine Antwort auf.“ Offenbar war eine ausländische Studiendelegation in Estland nicht erwünscht, und da das schwedische Außenministerium mit Berlin anscheinend nicht zurechtkam, wandte das Komitee sich an den Presseattaché der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm, Dr. Paul Grassmann, den Mothander als einen „äußerst wohlwollenden und hilfsbereiten“ Mann schildert. Bei ihm traf er eines Tages Dr. Ludwig Lienhard (der später eine Rolle in der Umsiedlung spielen sollte). Dieser stellte sich als „eine Art Funktionär“ des Auswärtigen Amtes vor und erbot sich, in Berlin nach dem Grunde der Verzögerung der Einreiseerlaubnis für die Delegation zu forschen. Zwei Wochen später lag die Erlaubnis vor. Wieweit das auf Lienhard zurückging, wußte Mothander nicht. — Carl A. Lindhagen (1860—1946), Bürgermeister von Stockholm 1903—1930, war ursprünglich liberaler, seit 1909 sozialdemokratischer Politiker.

35) Dr. (Bruno) Peter Kleist, Ministerialdirigent, Leiter der Länderabteilung Ostland in der Hauptabteilung Politik des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete und Vertreter dieses Ministeriums bei der Heeresgruppe Nord. Sein Vorgesetzter im Ostministerium Dr. Otto Bräutigam nennt ihn einen „guten Kenner der Ostprobleme und nach Wissen und Auftreten weit über dem Durchschnitt der meisten Referenten dieser Stellen. Seine ganze Liebe galt den Baltstaaten, für die Wiederherstellung ihrer Souveränität hat er sich ständig eingesetzt.“ O. B r ä u t i g a m : So hat es sich zugetragen, Würzburg 1968, S. 311.

Inzwischen waren die Verhandlungen des Komitees mit den Behörden in Berlin „wegen der Überführung sämtlicher Estlandschweden in das schwedische Mutterland“ weitergeführt worden, und im Januar 1944 teilte das schwedische Außenministerium mit, daß ihr Abschluß und die Zustimmung zur Überführung sämtlicher Estlandschweden für den März zu erwarten wäre. Im Mai aber kam die Mitteilung, daß die Reichsregierung keine Pauschalreise der Estlandschweden bewilligt, sondern neue Verhandlungen in Aussicht gestellt habe, wenn „ruhigere Verhältnisse in Estland eingetreten sein würden“.

In auffallend sparsamen Sätzen beschreibt der Bericht des Stockholmer Komitees die weitere Entwicklung nach dem Bescheid aus Berlin, „wenn ruhigere Verhältnisse in Estland eingetreten sein würden, könne weiter über die Umsiedlung verhandelt werden“. Es heißt dort, im Frühjahr 1944 sei zusammen mit dem estlandschwedischen Propst Pöhl ein Deutscher, Dr. phil. Ludwig Lienhard, in Schweden eingetroffen, der schon mehrfach in estlandschwedischen Fragen verhandelt habe und nun „vom Generalkommissariat in Reval zum Verbindungsmann zwischen den deutschen Behörden in Estland und den Estlandschweden eingesetzt“ sei. Die genannten Personen hätten mit dem Komitee (gemeint ist das in Stockholm) Verhandlungen aufgenommen, und diese hätten das Ergebnis gehabt, daß die lokalen deutschen Behörden die Genehmigung erwirkt hätten, die noch (in Estland) verbliebenen Estlandschweden nach Schweden zu überführen. Dies sollte laut erfolgter Direktive „auf so unauffällige Weise wie möglich geschehen“. Schwedische Fahrzeuge dürften dazu nicht verwendet werden.

Bei den danach beginnenden Transporten wurde laut Komiteebericht der estnische Motorschoner „Juhan“, ein ziemlich primitives Fahrzeug von 300 BRT mit estnischer Besatzung, benutzt. Die Transporte organisierte Lienhard. Für die Krankenpflege während der Reisen war der Vertreter des Schwedischen Roten Kreuzes, Disponent Nils Schmidt, verantwortlich. „Juhan“ landete mit dem ersten dieser Transporte am 21. Juni 1944 im Stockholmer Freihafen und setzte den Verkehr den ganzen Sommer über bis zum 11. September fort. Bis zu diesem Tage hatten 3335 Estlandschweden ihr Mutterland erreicht.<sup>36</sup>

---

36) Durch den Kapitän der „Juhan“ wurde das Auswärtige Amt auf die laufende Umsiedlungsaktion aufmerksam. Der Kapitän erbat vom Marineattaché der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm Kursanweisungen für die Reise Stockholm-Rogö. Nach dem Reisezweck befragt, erklärte er, es gehe um die 8. Reise zur Überführung der Estlandschweden. Da dem Marineattaché nichts hierüber bekannt war, fragte er am 10. 7. 1944 beim Auswärtigen Amt an, ob eine solche Absprache bestehe. Die Antwort vom 14. 7. 1944 besagte, eine neuerliche Vereinbarung betr. Überführung von Schweden aus Estland bestehe nicht, sie sei dem schwedischen Gesandten in Berlin gegenüber ausdrücklich abgelehnt worden. Es dürfte sich daher um eine illegale Abwanderung handeln, die nicht unterstützt werden dürfe, besonders im Hinblick auf die letzten Weisungen des Führers. Das AA fragte an, von wem der Kapitän Weisung erhalten habe. AA, PA, Inl. II C.

Neben diesen „legalen“ Transporten waren in den Jahren 1943 und 1944 etwa 2800 Estlandschweden in Schweden eingetroffen, die auf eigene Faust via Finnland oder direkt über die Ostsee mit eigenen, größeren oder kleineren Fischereiboote unter zuweilen sehr schwierigen und mißlichen Verhältnissen geflohen waren.<sup>37</sup>

Nach der letzten Fahrt der „Juhan“ im September 1944 machte die weitere Kriegsentwicklung, die die Russen an die Ostsee heranzuführte, alle weiteren Transporte nach Schweden unmöglich. Am 22. September langte nur noch der estnische Motorschoner „Triina“ in Schweden an, der außer estnischen Flüchtlingen auch 70 Estlandschweden an Bord hatte. Nach Berechnungen des Komitees sind etwa 1000 Estlandschweden, zum großen Teil von der estnisch-schwedisch gemischten Bevölkerung von Nuckö, in Estland verblieben. Einige Estlandschweden waren nach Deutschland geflohen. Um ihnen die Repatriierung nach Schweden zu erleichtern, entsandte das Stockholmer Komitee im Frühjahr 1945 den Estlandschweden Herman Markus als seinen bevollmächtigten Vertreter nach Berlin.<sup>38</sup>

Nach dem Frühjahr 1945 trafen in Schweden aus verschiedenen mitteleuropäischen Ländern, darunter Deutschland, noch etwa 300 Estlandschweden ein, darunter etwa 60 Gammalsvenskby-Schweden, die mit ihren früher umgesiedelten Verwandten vereinigt wurden.<sup>39</sup>

---

37) Vgl. hierzu außer dem in Anm. 33 genannten Tätigkeitsbericht auch den in Anm. 29 zitierten Beitrag von V. A m a n .

38) Tätigkeitsbericht des Komitees für die Estlandschweden (wie Anm. 33), S. 5; E. N y m a n : Det skicksedigra 40-talet. Tankar aktualiserade med anledning av Doktor Ludwig Lienhards bortgång i augusti 1980, in: Kustbon, Stockholm, Dez. 1980, S. 3—10, hier S. 9. — Markus war vorher lange Zeit bei der Abwicklung der Ausreise von Estlandschweden in Reval tätig.

39) Gammalsvenskby (Altschwedendorf) bei Berislav in der Ukraine war eine am Ende des 18. Jhs. entstandene Siedlung von Dagö-Schweden (vgl. J o h a n s e n , Nordische Mission — wie Anm. 7 —, S. 283 f.). Ein Teil ihrer Bewohner ist 1929 nach Schweden überführt worden; darauf hat die an das AA gerichtete Verbalnote der Schwedischen Gesandtschaft in Berlin vom 29. 1. 1944 Bezug genommen (vgl. unten Anm. 65). Wegen einer Überführung von Gammalsvenskby-Schweden aus Deutschland nach Schweden ist offensichtlich zwischen Stockholm und Berlin verhandelt worden. Darauf weisen zwei Vorgänge in AA, PA hin. Am 12. 6. 1944 schreibt der Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle (gez. SS-Obersturmführer Dr. Wolfrum), die früheren Bewohner von Altschwedendorf wünschten nicht (nach Schweden) zurückzukehren, sie stellten die Mehrzahl der im Jahre 1929 nach Schweden Ausgewanderten dar, die aber wieder in die Sowjetunion zurückgewandert seien. „Wenn heute gewisse Wünsche einer Rückkehr nach Schweden auftauchen, so hängt das ohne Zweifel mit den anfänglichen Schwierigkeiten einer Ansiedlung im Reichsgau Wartheland zusammen. Diese Wünsche werden sich legen. . . . Da diese Menschen aus rassistischen, volkspolitischen und volksbiologischen Gründen als ein wertvoller Zuwachs für das deutsche Volk angesehen werden müssen, besteht auch aus diesem Grunde kein Interesse, sie nach Schweden abzugeben, umso mehr weil es kaum rein schwedische Familien gibt, sondern eine starke Versippung mit deutschen Familien stattgefunden hat, also viele Familien zerrissen werden müßten.“ (AA, PA, Akt. VII, 1045) — Hierzu Legationsrat Dr. Reichel vom AA am 17. 6. 1944: Die Volksdeutsche Mittelstelle wolle die mit Deutschen vermischte, im Warthegau

Insgesamt sind seit dem Jahr 1940 etwa 7900 Estlandschweden in Schweden eingetroffen, 14 Personen reisten später in die Sowjetunion zurück.

Die nach Schweden übersiedelten Estlandschweden durften keinerlei Geldmittel mitnehmen. Sie wurden ihnen an den Booten vom oben erwähnten H. Markus bei der Abreise gegen Quittung abgenommen.<sup>40</sup>

So knapp die Information des offiziellen schwedischen Umsiedlungskomitees über die „Aktion Lienhard“ ist, so ausführlich und eingehend ist sie jüngst seitens der Estlandschweden selbst dargestellt worden.

Elmar N y m a n hat den Tod Dr. Lienhards im August 1980 zum Anlaß genommen, um in einem Aufsatz in der estlandschwedischen Zeitschrift „Kustbon“ dessen Rolle im Zusammenhang mit den „Gegensätzen zwischen verschiedenen Fraktionen in der deutschen Führergarnitur, durch welche die Überführung eigentlich ermöglicht wurde“, zu untersuchen.<sup>41</sup> Nymans Ausführungen basieren z. T. auf eigenen Beobachtungen und Untersuchungen, aber auch auf Informationen von Lienhard selbst.

Zu Lienhards Beziehungen zu den Estlandschweden wird angegeben, der „junge deutsch-dänische Leutnant Lienhard“ habe während der deutschen Offensive im Baltikum an der Eroberung von Reval teilgenommen, „als Verbandchef die Einnahme estlandschwedischer Gegenden geleitet“ und dadurch den persönlichen Kontakt mit der dortigen schwedischen Bevölkerung gewonnen, die er „den friesischen und dänischen Minoritäten seiner jütländischen Heimatorte“ gleichstellte. Er verstand auch die

---

„augenblicklich nicht als selbständige Bauern“ eingesetzten, sondern „als Landarbeiter auf den reichseigenen und Balten-Gütern beschäftigten“ Rußland-Emigranten, die allgemein z. Z. daher wenig zufriedener seien, nur ungerne hergeben. Sie bitte, die Entscheidung dadurch zu verzögern, „daß man der schwedischen Gesandtschaft eine Antwort in dem Sinne gebe, daß die mehrere hunderttausend zählenden Rückgeführten aus der Sowjetunion zunächst überprüft werden müßten“, was einige Monate dauern würde. Stellungnahme bei Pol. VI zu der Frage erbeten, „ob ein dringendes politisches Interesse daran besteht, den Schweden in dieser Frage sofort entgegenzukommen“. AA, PA, Inl. II D, 1388/44. — Vgl. auch N y m a n (wie Anm. 38), S. 9.

40) Vgl. den in Anm. 33 genannten Tätigkeitsbericht. — Die eingezahlten Summen wurden auf ein besonderes Sperrkonto bei der „Notenbank im Ostland“ in Reval eingezahlt. Davon wurden einige Kosten in Estland beglichen. Kurz vor dem Vorrücken der Russen auf Reval im September 1944 gaben die deutschen Behörden das Sperrkonto frei, mit dem letzten Transport der „Triina“ wurde der größte Teil dieser Ostmark-Valuta am 20. 9. 1944 nach Schweden geschickt und beim Komitee deponiert. Es waren 315 069,50 Ostmark. Später wurden von H. Markus weitere 114 805,50 Ostmark samt vollständigen Abrechnungen übergeben. Die gesamte Abrechnung und die Devisen erhielt 1950 vom Komitee die Arbeitsmarkt-Kommission in Stockholm (laut handschriftlichem Zusatz zum Tätigkeitsbericht des Komitees für die Estlandschweden). — Die von der Sammlung des Hilfskomitees (Lindhagen/Mothander) übrig gebliebenen Mittel in Höhe von insgesamt 49 000 Schwedenkronen wurden dem Sozialministerium und von diesem am 29. 6. 1945 der Rogö-Stiftung zur Verwendung für die Estlandschweden in Schweden als Zuschüsse für Bootsbau oder sonstigen Leistungen, für die keine Mittel zur Verfügung standen, übergeben.

41) N y m a n (wie Anm. 38, auch zum Folgenden).

estlandswedischen Dialekte. Zuerst wegen dieser Sprachkenntnisse bei der Militärverwaltung als Referent beschäftigt, wurde er später von der Zivilverwaltung übernommen, um im Auftrag der deutschen Behörden „bestimmte die Estlandschweden betreffende Fragen zu bearbeiten“. Vor allem sei er für die „Einsetzung voller Kulturautonomie, kombiniert mit Selbstverwaltung, der schwedischen Volksgruppe“ eingetreten. Seine „Visionen“ hätten sich in einer „Verfassung“ für die Estlandschweden konkretisiert, die er schon 1941 seinen Vorgesetzten habe vorlegen können und die „auch mit Reichsschweden in Stockholm diskutiert wurde“. Der Kern dieser Verfassung sei ein sogen. „Kulturrat“ gewesen, bestehend aus elf Vertretern der verschiedenen Bereiche des öffentlichen Lebens, ein bedeutendes Organ in diesem konstitutionellen System das Volksting, eine Art estlandswedische Gemeinde-Vertretung. Die Selbstverwaltung sollte durch die Schaffung eines der estlandswedischen Kulturorganisation „Odalvärnet“ unterstehenden „Schutzkorps“ aller wehrpflichtigen Estlandschweden, das im Bedarfsfall die estlandswedischen Küsten verteidigen könnte, unterstrichen werden. Zur Ausbildung einer Kernmannschaft wurden im Oktober 1942 etwa 40 bis 45 junge estlandswedische Männer in die Waffen-SS-Schule nach Sennheim im Elsaß geschickt.<sup>42</sup> Zur Hauptstadt sollte Hapsal erklärt werden, dort sollten weitere Estlandschweden zu einem geschlossenen schwedischen Gebiet konzentriert und — die ideologische Seite nicht zu vergessen — „die Eigenart der schwedischen Volksgruppe und deren nationaler Status befestigt und dadurch der Umwelt vorgeführt werden, wie ein germanischer Volkssplitter behandelt werden sollte. Good will für die deutsche Sache sollte vor allem in Schweden geschaffen werden, wo die Indignation über die Behandlung von Norwegen und Dänemark groß war.“

Diese „Verfassung“ blieb kein Schreibtischprodukt; aber größere praktische Bedeutung erlangte sie nicht. Auf dem Ting im Frühjahr 1942 wurde Lienhard „nicht unerwartet“ zum Tingführer gewählt und bevollmächtigt, die Sache der Estlandschweden vor den deutschen, estnischen und schwedischen Behörden zu vertreten. „Diese Legitimation war für Lienhards weiteres Agieren für die Estlandschweden von ausschlaggebender Bedeutung, . . . auch in der Umsiedlungsfrage.“ Mit dieser „estlandswedischen Verfassung“, so meint Nyman, sollte der Beweis dafür erbracht werden, daß die Deutschen die Schweden auf ihren alten Wohnplätzen belassen wollten. Die seinerzeit von den Russen von den Inseln verbannten Estlandschweden hatten ja auch tatsächlich auf ihre alten Plätze zurückkehren dürfen. „Aber es gibt Angaben darüber, daß einflußreiche deutsche Behörden sich eine neue Heimat für die Schweden gedacht hatten, die nicht Schweden war. Eine ‚Umsiedlung‘ der Estlandschweden nach dem Warthegau sei geplant gewesen, wo sie die ‚Nachbarn‘ der dorthin evakuierten Deutschbalten werden sollten.“ — Nyman läßt offen, ob wirklich Lienhard, wie er selbst dieses in verschiedenem Zusammenhang ausgedrückt habe, derjenige gewesen sei, der diesen

42) A m a n (wie Anm. 29), S. 205 f.; N y m a n , S. 4.

Zwang zur Evakuierung „dank seiner guten Beziehungen zur SS-Führung in Berlin“ verhindert habe. Wenn er es aber gewesen sei, so habe er „auch weiter auf entscheidende Weise in unsere Geschichte eingegriffen“.

Von Berlin aus sah man Lienhards Tätigkeit und Befugnisse kritischer. In einem Bericht an das Auswärtige Amt vom 23. Juli 1943 stellt der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar für das Ostland Gesandter Dr. Adolf Windecker<sup>43</sup> (bezugnehmend auf einen früheren Bericht vom 25. Juni) fest, daß „die Überführung kranker Estland-Schweden nach Schweden seinerzeit“ vom Sonderführer Dr. Lienhard mit schwedischen Stellen verabredet worden war. „Dr. Lienhard ist seinerzeit vom OKW für Spezialaufträge dem Auswärtigen Amt, Informationsabteilung“, zugeteilt worden „mit dem anfänglichen Auftrag des Auswärtigen Amtes, eine estlandschwedische Hilfsaktion vorzubereiten und durchzuführen“ (im Rahmen dieses Auftrages lag auch die Ausreiseerlaubnis für Kranke und erholungsbedürftige Kinder). In seiner Berichterstattung war Lienhard dem Gesandten Windecker bzw. der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm (Kulturreferat) unterstellt. Regieführend war die Informationsabteilung, „die unter dem Vorwand einer Hilfsaktion die Propagandaeinsätze gegen den Bolschewismus in Schweden durchführte“. Windecker schreibt weiter, Lienhard habe auftragsgemäß mit ihm (Windecker) die beiden schwedischen Regierungsdelegationen in die estlandschwedischen Siedlungsgebiete begleitet, wobei „auch die Ausreise der kranken Estland-Schweden verabredet und im Mai 1943 durchgeführt“ wurde. Wörtlich heißt es dann weiter: „Im Herbst 1942 ist die Dienststellung des Dr. Lienhard, dessen Arbeitsweise zu wünschen übrig ließ (vgl. Erlaß vom 22. Okt. 1942 Inf. Nr. 15953), dahin geklärt worden, daß Dr. Lienhard den Auftrag habe, „in Schweden eine Propagandaaktion der estlandschwedischen Volksgruppe,

---

43) Über Windecker schreibt Mothander (wie Anm. 25), S. 53: Der Gesandte Dr. Adolf Windecker, Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar in Riga, „griff auf entscheidende Weise in das Leben der Delegation ein“. Er wolle, so sagte er kurz vor der Abreise der Delegation aus Riga nach den estlandschwedischen Siedlungen, die Delegation begleiten und die Estlandschweden kennen lernen und zugleich einen dienstlichen Besuch beim Generalkommissar in Reval machen. Wenn es seine eigentliche Absicht gewesen sei, „ein Auge auf die Delegation zu halten“, schreibt Mothander, so trat er mit großem Takt und Diskretion auf, daß davon nichts zu merken war. Später sei es ihm klar geworden, daß Windecker von Berlin zur Mitreise beordert gewesen sei, daß aber sein persönliches Motiv gewesen sei, „uns durch Schwierigkeiten zu lotsen, von denen wir selbst nichts ahnten“. In diesem Zusammenhang habe er, Mothander, bestätigt gefunden, was er bis dato nur zu ahnen begonnen hatte, nämlich: „daß unsere estlandschwedische Aufgabe und wir selber Gegenstand eines heimlichen Tauziehens zwischen zwei Machtgruppen waren. Die eine von beiden, die man zu diesem Zeitpunkt kaum schon als Machtgruppe bezeichnen konnte, machten bestimmte Oppositionskreise innerhalb der höheren Verwaltung aus ... bestimmte Herren hatten ein Interesse daran, durch Entgegenkommen einen good will in Schweden zu schaffen, den man später in ungewisser Zukunft ausnützen könnte. Zu diesen gehörte ... Windecker. Deren Wünsche ... standen im Gegensatz zu den Prinzipien, die in der Estlandfrage u. a. von den Ministern von Ribbentrop und Rosenberg vertreten wurden.“

insbesondere des Propstes Poehl, durchzuführen“, während die Betreuung der estlandschwedischen Volksgruppe in Estland nicht zu seinen Aufgaben gehöre. „Die Schwierigkeiten, die sich in der Folgezeit in der Arbeit des Dr. Lienhard ergaben, haben seine Abberufung aus Estland notwendig gemacht.“ Windecker erfährt wenig später in Berlin, daß Lienhard abberufen und „im Ostland nichts mehr zu suchen habe und wieder Soldat werden solle“, und erkundigt sich nach dem Schicksal eines „Abschlußberichts der schwedischen Volkshilfe“, um den Lienhard bisher offenbar ohne Erfolg bereits gemahnt worden war.<sup>44</sup>

Im Abschlußbericht des schwedischen Komitees für die Estlandschweden wird von den deutschen Verhandlungspartnern der Schweden nur ein einziger namentlich genannt, nämlich (gerade dieser) Dr. Kleist<sup>45</sup>, der „in positivem Geist mitgewirkt“ habe, um die Ausreise der Kranken und Alten in Gang zu bringen.

Die namentliche Erwähnung Kleists hat ihre guten Gründe. Damals, im Jahre 1942, war wohl allen Einsichtigen in Deutschland klar, daß mit einem militärischen Siege für das Dritte Reich nicht mehr zu rechnen war. Es galt nun, so viel wie möglich „europäische Substanz“ auf der „Basis eines Verhandlungsfriedens“ zu retten. Auf der Suche nach „außenpolitischen Ansatzpunkten“ war Dr. Kleist in seinem damaligen Arbeitsgebiet „Baltische Staaten“ auf die Estlandschweden gestoßen. Deren aus den Erfahrungen mit der ersten Besetzung Estlands durch die Sowjetunion resultierende Unruhe war durch die deutschen Besatzungsmethoden (1941) nicht behoben worden; Kleists Versuche, „für sie ein Sonderstatut zu schaffen und sie durch schnelle Wiederherstellung des Privateigentums ...

---

44) AA, PA, Bericht des Gesandten Dr. Adolf Windecker an das AA vom 23. 7. 1943. — Der „Fall Lienhard“ kommt in einer Reihe von Telegrammen, Schnellbriefen, Notizen und Fernschreiben der Jahre 1943 und 1944 zur Sprache. So hat Windecker bereits am 30. 3. 1943 in einem Telegramm an das AA im Namen des Generalkommissars in Reval gebeten, Lienhard und Pöhl mitzuteilen, daß, wenn sie bis 10. 4. nicht nach Reval kämen, „die Regelung der Verhältnisse schwedischer Volksgruppe“ erfolgen werde, „ohne Rückkehr der beiden Herren abzuwarten“. Am 13. 8. 1943 fragt der Wissenschaftliche Hilfsarbeiter im AA Baron Wrangell handschriftlich bei Legationsrat Reichel an, ob Lienhard seine Tätigkeit in Estland endgültig abgeschlossen und wann er gegebenenfalls seinen Abschlußbericht abgegeben habe. In einer weiteren handschriftlichen Aufzeichnung Wrangells vom 16. 9. 1943 heißt es: „Laut fernmündlicher Mitteilung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete ist Lienhard wieder in Riga erschienen, angeblich mit Aufträgen des OKW und SD. Seine Anwesenheit im Ostland wird vom Ostministerium nach wie vor als äußerst unerwünscht bezeichnet.“ Am 27. 9. 1943 notiert Wrangell (handschriftlich an das Ostministerium zur Kenntnis): „Es wird um Feststellung gebeten, ob Lienhard tatsächlich einen Auftrag des SD hat und ob dieser gegebenenfalls nicht zurückgezogen werden kann, da auch der Chef des SD in Reval sich sehr ungünstig über Lienhard geäußert hat.“ AA, PA. — Dem Vertreter des AA beim Reichskommissar für das Ostland wurde danach Harald Berens von Rautenfeld attachiert, der zuletzt Präsident des von Himmler aufgelösten Baltischen Vertrauensrates in Berlin gewesen war.

45) Siehe oben Anm. 35.

zu bevorzugen“, hatten nur Teilerfolge gebracht und nicht genügt, ihre Furcht vor einer Wiederholung ihrer schlimmen Erfahrungen zu überwinden.<sup>46</sup> Ein ähnliches Problem wie das estlandswedische war im Nordabschnitt der Ostfront mit dem im Kampfraum von Leningrad siedelnden finnischen Volkssplitter in Ingermanland (während der Schwedenherrschaft in Finnland und Estland Schwedens östlichste Mark) aufgetreten, der militärisch wie durch Nahrungsmangel bedroht war. Als der Plan auftauchte, die Ingermanländer nach Deutschland zu verlagern, schlugen die Finnen eine Umsiedlung nach Finnland vor. Beide Pläne waren in Berlin „sehr unpopulär“. Motive: die Beurteilung der Umsiedlungen als „defaitistische Fluchtversuche“ und die Furcht vor schädlichen Auswirkungen auf die Moral der übrigen Bevölkerung. Für Kleist, der sich für beide Pläne einsetzte, erschien der politische Gewinn Schweden und Finnland gegenüber „gewichtiger“ als diese Bedenken.<sup>47</sup>

Mit Schweden war die Sache schon schwieriger, weil niemand unter den „hohen Herren“ „der schwedischen Regierung ein unentgeltliches Geschenk“ machen wollte (1942). Nur mit Mühe konnte für die schwedische Kommission (Dickson) die Einreise nach Estland erreicht werden. Mit dieser kam man in Berlin überein, „das verpönte Thema der estlandswedischen Heimkehr einstweilen nicht anzuschneiden“, sich zunächst mit der Hilfsaktion zu begnügen und „den weiteren Lauf der Dinge . . . der Zukunft“ zu überlassen. Die recht spärlichen Verlautbarungen beiderseits waren dann auch ganz auf den Tenor Hilfsaktion, nicht Umsiedlung abgestimmt.<sup>48</sup> Kleist selbst erklärte in einem Schreiben an das Auswärtige

---

46) P. Kleist: Zwischen Hitler und Stalin, 1939—1945, Aufzeichnungen, Bonn 1950, S. 231—233.

47) Ebenda, S. 233 f. „Ein geeigneter Ansatzpunkt für die Überführung der Ingermanländer bot sich in Rosenbergs positiver Einstellung zu Finnland.“ Die Mitarbeiter des Leiters der politischen Abteilung im Ostministerium Dr. Leibbrandt ließen sich ebenso schnell dafür gewinnen wie später die Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes. Rosenberg unterzeichnete einen Erlaß, der bei der Heeresgruppe Nord wie beim Generalkommissar in Estland Verständnis fand und „die Umsiedlung ebenso schnell wie unauffällig in Gang“ setzte. Die Auseinandersetzung mit den übergangenen Amtsstellen des Ostministeriums kam für Kleist erst später. „Aber die Umsiedlung war schon in vollem Gange und befreite ungefähr 28 000 Menschen aus ihrer gefährlichen Lage.“ (Ebenda, S. 234.)

48) Ebenda, S. 234. — Nach Kenntnis des Vfs. dürfte das ursprüngliche Hilfskomitee Lindhagen/Mothander zur Zeit der deutschen Waffenerfolge tatsächlich für die Erhaltung der estlandswedischen Volksgruppe in Estland gewesen sein und eine Umsiedlung nicht ins Auge gefaßt haben. Das schwedische Außenministerium hatte der Delegation des Kammerherrn Dickson die Instruktion mit auf den Weg gegeben, in Estland nur darüber zu sprechen, was ihre Aufgabe war: nämlich Informationen über die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Estlandsweden und deren notwendigsten Bedarf einzuholen. Ihre Aufgabe war also, dafür zu sorgen, daß der Stamm wieder „auf die Beine käme“. Dennoch war in den von der Delegation durchgeführten Versammlungen oft der Ruf zu hören: wir wollen nach Hause, nach Schweden! (M o t h a n d e r, S. 76). — Trampedach, Abteilungsleiter Politik beim Reichskommissar in Riga, stellt in einem Bericht an das Ostministerium vom 12. 8. 1943 nach einer Besichti-

Amt (wohl aus Tarnungsgründen) noch im September 1943 eine geschlossene Umsiedlung der estlandschwedischen Volksgruppe „aus kriegsbedingten Gründen zur Zeit für äußerst unerwünscht“.<sup>49</sup> Obwohl er zu diesem Zeitpunkt erhebliche Zweifel an der Möglichkeit eines deutschen Sieges im Osten hatte und dafür zu sorgen versuchte, daß die Krankentransporte ungehindert weiter liefen, übte er nach außen hin vorsichtige Zurückhaltung und hielt sich die Option für eine gegenteilige Alternative bis zu seinem ursprünglichen Konzept einer kommunalen Autonomie für die

---

gungsfahrt in die Estlandschweden-Dörfer fest, es erscheine ihm in erster Linie erstrebenswert, daß das Königreich Schweden die allgemeine Übernahme der schwedischen Volksgruppe in Estland nach Schweden „im Interesse der Erhaltung ihrer historischen Stellung ablehnt“. Sollte jedoch ein offizieller schwedischer Umsiedlungswunsch kommen, so könne eine Umsiedlung „aus Gründen der Kriegswirtschaft, aber auch mit Rücksicht auf den irreführenden Eindruck über die militärische Lage nur allmählich durchgeführt werden“. Ersatzkräfte für die wirtschaftlichen Funktionen der Estlandschweden in Landwirtschaft und Fischerei müßten erst beschafft werden. Trampedach lehnt solche Ersatzkräfte etwa aus der estnischen Volksgruppe in Ingermanland ab, da diese „rassisch und kulturell sehr viel tiefstehender als die Estland-Schweden“ seien und daher für die Besiedlung von Inseln und Ufern der Ostsee nicht in Frage kämen. Sollte es zur Umsiedlung der Estlandschweden kommen, so wäre ein Einsatz von Holländern oder Deutschen von der Nordseeküste zum zunächst befristeten Kriegseinsatz vorzuschlagen, „wie es mit holländischen Fischern am Peipussee bereits geschehen ist. Es wäre dann ihre endgültige Seßhaftmachung als Fernziel anzustreben.“ Eine Ablehnung eines etwa kommenden schwedischen Umsiedlungswunsches lehnt Trampedach mit der Begründung ab, daß sie zu allgemeiner illegaler Flucht führen und auf die Schweden einen nachteiligeren Eindruck machen würde, als wenn dem Wunsch der Bevölkerung nach Umsiedlung grundsätzlich zugestimmt, in der Durchführung jedoch Verzögerungstaktik mit dem Ziel der Überwindung der Umsiedlungspsychose befolgt würde (AA, PA, Inl. II C). In einem Bericht an den Reichskommissar für das Ostland in Riga (undatiert, ebenda) vertritt Trampedach die Auffassung, der Wunsch der Umsiedlung beruhe nicht so sehr auf der Angst vor einer bolschewistischen Bedrohung als vielmehr „auf der Erkenntnis, daß die Volksgruppe zu klein sei, um sich auf die Dauer ihrem Volkstum und ihrer Kultur gegenüber der Gefahr einer estnischen Überfremdung zu erhalten“. Es habe schon 1939/40 der Wunsch zur Umsiedlung nach dem Beispiel der deutschen Volksgruppe bestanden.

49) AA, PA, Inl. II. Schreiben von Kleist (Briefkopf: Der Reichsminister für die bestetzten Ostgebiete) an das AA vom 10. 9. 1943. — „Eine geschlossene Umsiedlung der estlandschwedischen Volksgruppe halte ich aus kriegsbedingten Gründen z. Z. für äußerst unerwünscht und bitte daher, mit geeignet erscheinenden Mitteln dahin wirken zu wollen, daß das Königreich Schweden tunlichst selbst eine derartige Umsiedlung ablehnt, um eine historische Position zu halten, die doch für Schweden selbst von besonderem Interesse sein müßte. Es ist für die Reichspolitik im Osten nicht unwesentlich, daß noch ein anderer germanischer Stamm geschichtliche Stellungsansprüche in diesem Raum besitzt, auch wenn sie geringfügiger Art sind.“ Kleist weist dann auf eine Unterredung mit Propst Pöhl hin, der gemeint habe, die Umsiedlungspropaganda in Schweden werde von einer verhältnismäßig nur kleinen Gruppe betrieben und daß „die schwedische Regierung kein nennenswertes Interesse daran nimmt“. Schwedische inoffizielle Äußerungen wären als Probearbeiten zu werten, um die deutsche Reaktion zu testen. „Manche Stellen in Schweden legten sogar Wert darauf, daß die Estland-Schweden als Brücke zum Baltikum auf ihren Inseln blieben.“ Pöhl traue sich zu, die Estlandschweden zum Verbleiben zu bewegen.

Estlandschweden offen. Inzwischen hatte er „in einer langen, ermüdenden Auseinandersetzung, die sich allerdings noch über Wochen und Monate hinzog“, von Ribbentrop (der auf Kleists Anregung, eine Umsiedlung als großzügige Geste gegenüber Schweden zu genehmigen, geantwortet hatte, in Anbetracht des Verhaltens der schwedischen Regierung bestehe „nicht die geringste Veranlassung zu großzügigen Gesten“) schließlich doch das Einverständnis zum Krankentransport erhalten und damit „immerhin ein dünnes Fädchen in der Hand, mit dem es später gelang, das ganze Gewebe dieser Umsiedlung still und heimlich aufzuzwirbeln“.<sup>50</sup>

Gestützt auf die Zustimmung des Auswärtigen Amtes für diesen Transport, brachte Dr. Kleist die Frage gar nicht mehr vor das Forum des Ostministeriums in Berlin, sondern setzte die Arbeit in Estland selbst, mit den Dienststellen des Generalkommissars<sup>51</sup> und des SD-Kommandeurs für Estland<sup>52</sup> in Gang. „So klein und bescheiden diese Aufgabe nach allen hochfliegenden politischen Plänen sein mochte“, schreibt Kleist hierzu, „so groß war die Befriedigung für alle Beteiligten, hier mitten in einem zerstörerischen Kriege ein kleines Werk des Friedens zu vollbringen.“<sup>53</sup>

50) Kleist (wie Anm. 46), S. 262 f.

51) Generalkommissar Karl-Siegmund Litzmann, Sohn des Generals Karl Litzmann, des Eroberers von Lodz 1914, nach dem Lodz während des Zweiten Weltkrieges in Litzmannstadt umbenannt wurde.

52) Obersturmbannführer Dr. Martin Sandberger. — Mothander (wie Anm. 25), S. 212 f., bescheinigt dem Revaler SD-Chef Sandberger, er habe, wenn es ihm möglich war, „nach unserer alten Richterregel gehandelt, in Zweifelsfällen eher für Freispruch als für Verurteilung zu sprechen“. Die im Spätherbst 1943 erfolgte plötzliche Ablösung Sandbergers, den er haltungsmäßig Kleist und Windecker zuordnet und der laut ihm sich als „Schutzengel für unsere Bestrebungen“ erwiesen hat, nennt er beunruhigend. Sein Nachfolger, offenbar „bearbeitet“ vom Vorgänger, der „wie viele deutsche Funktionäre in Estland im Hinblick darauf ausersehen schien, gerade dort eine gewisse Kontrastwirkung zu den übrigen Besatzungsgebieten zu erreichen, hatte nicht Sandbergers Format.“

53) Kleist (wie Anm. 46), S. 263. — „Ich glaube mich zu erinnern, daß das Ostministerium einer beschränkten Abwanderung von Esten nach Finnland nicht entgegentrat. Was aber die Estlandschweden angeht, so habe ich selbst einmal mit dem schwedischen Gesandten in Berlin darüber verhandelt. Unsere Auffassung war, diese Abwanderung nicht zu fördern, ihr aber auch keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. — Dabei spielte folgendes eine Rolle: es lag uns natürlich daran, den völkischen Charakter Estlands beizubehalten, das Land vor allem nicht in slavische Hände fallen zu lassen. Daher hat eine bewußte Förderung dieser Umsiedlung bestimmt nicht stattgefunden. Doch hatten wir volles Verständnis dafür, daß diese braven Menschen nicht nach einem etwaigen Rückzug von uns — wovon man ja öffentlich beileibe nicht sprechen durfte — für ihre uns gewährte Hilfe von Moskau zur Rechenschaft gezogen würden. Diese Angst steigerte sich 1943 bei den Esten natürlich. ... Die Esten hatten ja schon einmal kommunistische Besatzung ihres Landes erlebt und dachten nur mit Schaudern an diese Zeit. — Die Stellung von Kleist während des Krieges war sehr vielseitig. Er gehörte ständig dem ‚Büro Ribbentrop‘ an, jedoch nie dem Auswärtigen Amt, wie schon mal behauptet wurde. Dann war er im Ostministerium Leiter der Abteilung Ostland und hat fleißig für die landeseigene Verwaltung gekämpft, schließlich ja mit Erfolg, natürlich zu spät. Dann gehörte er auch der ‚Dienststelle Osteuropa‘ an ...“ (Brief von Generalkonsul a. D. Dr. Otto Bräutigam an den Vf. vom 15. 3. 1981.)

In dieser Zeit waren mit Stockholm sozusagen als „Umschlagplatz Kontakt- und Friedensfühler“ im Gange (u. a. über den Chef von Amt VI — SD/Ausland — des Reichssicherheitshauptamtes Walter Schellenberg und Himmlers Massagetherapeut Kersten), und auch Kleists Bemühungen, bei denen ein schwedischer Good will nützlich sein konnte, gingen weiter als bis zur Frage der Estlandschweden (es gab sogar den Versuch, in Stockholm mit einem Sowjet-Diplomaten ins Gespräch zu kommen). Er selbst ist geneigt, es als eine Tragikomödie zu bezeichnen. „daß schließlich die estland-schwedische Umsiedlung nicht als Tarnung der ‚Friedensfühler‘ diente, sondern daß umgekehrt die ‚Friedensfühler‘ die Möglichkeit zur Betreibung der estland-schwedischen Umsiedlung boten.“<sup>54</sup>

Damit war eine tatsächliche Umsiedlung der gesamten estlandschwedischen Volksgruppe von Berlin aber keineswegs offiziell gutgeheißen, weder vom Auswärtigen Amt, noch auch vom Ostministerium oder von der SS. Am 17. November 1943 stellte der zuständige Referent „Inland II D“ im Auswärtigen Amt Dr. Reichel fest, es bestehe keine Veranlassung, dem schwedischen Plan einer Totalumsiedlung der Estlandschweden zuzustimmen. Eine solche würde, auch bei möglichst unauffälliger Durchführung, in Estland den Eindruck erwecken, „daß auch deutscherseits mit einer Räumung Estlands gerechnet wird“, und auch in Finnland den Willen zum Durchhalten schwächen. Deutscherseits müsse konsequent der Standpunkt vertreten werden, daß eine Gesamtumsiedlung „weder erforderlich noch wünschenswert“ sei und nur der Krankentransport in Frage

---

54) Kleist (wie Anm. 46), S. 265, zu den „Friedensführern“ in Stockholm ebenda, S. 230 ff. — Kleist hatte, nachdem seine Bemühungen, Ribbentrop zur Bildung eines Rußlandkomitees nach Art der England- und Frankreichkomitees zu bewegen, fehlgeschlagen waren, aus der Berliner Deutsch-Polnischen Gesellschaft eine Hilfsorganisation für die aus dem sowjetisch besetzten Polen geflohenen Persönlichkeiten zu machen versucht. Nachdem diese geschlossen worden war, baute er die „Zentralstelle Osteuropa“ in Berlin (im Gebäude der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Kurfürstenstraße 58) aus, die schließlich auch die „Leitzentrale“ der als Krankentransporte getarnten Umsiedlung der Estlandschweden wurde. — Der Vf. hat — nachdem er bereits vorher als Dienstverpflichteter im Generalkommissariat Estland (Leiter der Abt. I in der Hauptabt. Politik) für die Umsiedlung der Estlandschweden federführend tätig gewesen war — nach der Eroberung Estlands durch die Russen vom Herbst 1944 bis ins Frühjahr 1945 sich von der genannten „Zentralstelle Osteuropa“ in Berlin aus mit der Betreuung restlicher, nach Deutschland geflohenen Estlandschweden befaßt. Diese Tätigkeit bestand im wesentlichen darin, denjenigen Estlandschweden, die Einreisebewilligungen nach Schweden vorweisen konnten, die Ausreisepapiere zu beschaffen. Dabei wurde laufend Kontakt mit der Schwedischen Gesandtschaft und mit dem Vertreter des Stockholmer Komitees für die Estlandschweden H. Markus gepflegt. Kammerherr James Dickson erinnerte sich in einem Schreiben an den Vf. vom 5. 1. 1954 „an die Zeit vor nun mehr als zehn Jahren, da die Ereignisse in Estland, weit von Riga und noch weiter von Berlin, ihrem Charakter nach recht sehr vom Geschehen im übrigen Deutschland mit dessen damals nachgeordneten Okkupationsgebieten abwichen. Ich habe bisweilen Gelegenheit, in meinen Tagebuchaufzeichnungen aus dieser Zeit zu blättern und finde dann stets, daß die mit Ihnen auf die eine oder andere Weise angeknüpften Beziehungen stets erfreulicher Art waren. . .“

käme. Und nur, wenn die Schweden „ihren eigentlichen Beweggrund — die Furcht vor den Bolschewiken“, zugeben sollten, könnte man ihnen eine Überführung im Gefahrenfall zusichern und dann gleichzeitig auch die Möglichkeit einer propagandistischen Auswertung wahrnehmen.<sup>55</sup>

Das war die Grundauffassung, nach welcher Auswärtiges Amt und Ostministerium weiter mit dem umständlichen Apparat ihrer schleppenden Verhandlungsbürokratie operierten. Der Gesandte Windecker weist in einem Bericht an das Auswärtige Amt vom 31. Juli 1943<sup>56</sup> auf die nach wie vor „auf doppelte Wurzel“ zurückzuführende „Unruhe unter den Estland-Schweden hin: teils sind es Bestrebungen jüngerer landwirtschaftlicher Elemente, teils ältere z. T. kranke Personen“. Nach Ansicht des Generalkommissars, dem auch der Reichskommissar zustimme, „würde eine Umsiedlung dieser Personen zu begrüßen sein, da ihre Abschiebung aus Estland als Entlastung empfunden werden würde. Auch kann gehofft werden, daß die Propaganda für eine allgemeine Umsiedlung der estlandschwedischen Volksgruppe durch die Abschiebung der alten und kranken Leute bis zu einem gewissen Grade nachlassen würde. . .“ Windecker machte dann — gleich dem Generalkommissar — auf die Voraussetzung aufmerksam, daß zuvor bei der schwedischen Regierung angefragt werden müsse, ob sie bereit wäre, einen weiteren Transport aus Estland aufzunehmen, und daß klargestellt werden solle, ob die Angehörigen der Antragsteller, Kinder bzw. Verwandte in Schweden, auch tatsächlich gewillt sind, für den Lebensunterhalt der Umsiedler aufzukommen. Sobald Auswärtiges Amt und SD grundsätzliches Übereinkommen erzielt hätten, könnte die Durchführung durch den Generalkommissar zweckmäßigerweise mit der Rigaer Dienststelle des Auswärtigen Amtes vorgenommen werden. Der Generalkommissar hatte dazu gemeint, zunächst würde es sich um etwa 30—40 Familien (70—100 Personen) handeln, für die ein solcher „Krankentransport“ in Frage käme. Offiziell taucht dieser Begriff, der später als „Synonym“ für den ganzen Prozeß üblich wurde, hier zum ersten Mal auf.

Verhandlungen zwischen Stockholm und Berlin fanden 1943 also noch nicht statt. Hinsichtlich der Struktur und des Umfangs der tatsächlich fortlaufenden Abwanderung der Estlandschweden drückten Auswärtiges Amt und Ostministerium, wenn man so will, „ein Auge zu“. Wer von diesen beiden Instanzen für den akuten Fall zuständig wäre, schien nicht ausgemacht; ohnehin war die Zuständigkeit des Reichssicherheitshauptamtes und der Volksdeutschen Mittelstelle nicht zu übersehen. In Estland, wo der Vorgang sich praktisch abwickelte, konnte der Generalkommissar mit dem Augenmaß, dem politischen Fingerspitzengefühl und dem sicheren Gefühl für das vernünftige Machbare des SD-Kommandeurs rechnen, der sich nicht „querlegte“.

55) AA, PA, Inl. II D, Stellungnahme von Legationsrat Dr. Reichel (AA, Ref. Inl. II D) vom 17. 11. 1943.

56) AA, PA, Schreiben des Gesandten Windecker (Vertreter des AA beim Reichskommissar in Riga) an das AA vom 31. 7. 1943 (Nr. 120/43).

Daß in Schweden „Umsiedlungstendenzen“ und „ein gewisses Interesse für diese Fragen vorhanden“ wären, stellt im Sommer 1943 eine Aufzeichnung im Auswärtigen Amt fest.<sup>57</sup> Legationsrat von Post und auch der Militärattaché Oberst Juhlin-Dannfeldt von der Schwedischen Gesandtschaft in Berlin<sup>58</sup> hätten „in dieser Richtung“ gelegentlich vorgefühlt. Auch habe sich die schwedische Presse in letzter Zeit mit den Estlandschweden beschäftigt. Der Generalkommissar in Estland lehne aber eine Gesamtumsiedlung ab, weil er die schwedischen Arbeitskräfte nicht ohne weiteres ersetzen könne. Er befürworte jedoch den Abtransport von Alten und Kranken, die Angehörige in Schweden haben.

Das „gewisse Interesse“ Stockholms an einer Umsiedlung erschöpfte sich nicht in der sorgsam registrierung der über die Ostsee einlaufenden „Krankentransporte“, es konkretisierte sich in Handlung. Darin zeichnete sich „eine absolute Festlegung der schwedischen Außenpolitik auf der Linie einer totalen Liquidation der schwedischen Volksgruppe in Estland“ ab<sup>59</sup>, die Ende Januar 1944 ihren Ausdruck in einer Stockholmer Verbalnote an Berlin finden sollte.

1943 war es noch nicht soweit. Aber der deutsche Gesandte in Stockholm meldete dem Auswärtigen Amt und auch seinem Kollegen in Helsinki am

---

57) AA, PA, Bericht von Legationsrat Dr. Reichel (AA, Ref. Inl. II D).

58) Erik von Post (geb. 1899), 1939—1944 schwedischer Legationsrat in Berlin, später Chef der politischen Abteilung im Außenministerium Schwedens; Oberst Curt Juhlin-Dannfeldt (1888—1968), 1933—1945 schwedischer Militärattaché in Berlin.

59) AA, PA, Inl. II D, 36/2, Bericht von Werner Hasselblatt vom 18. 3. 1944 über die Einstellung Stockholms zu den Estlandschweden. — „Der Einsatz des Rågö-Komitees — besonders seit Ergänzung durch die Person des ehem. Umsiedlungsgegners Major Mothander — bedeutet nach außen und nach innen eine absolute Festlegung der schwedischen Außenpolitik auf der Linie einer totalen Liquidation der schwedischen Volksgruppe in Estland. ... Die Frage der Estlandschweden hat bisher nie zu einer Belastung der deutsch-schwedischen Spannungen beigetragen, man kann mit gutem Grund sogar sagen, daß sie auf deutscher Seite einen Aktivposten des guten Willens zu Gunsten des Reiches darstellt. Ganz offenbar jedoch nehmen die Estlandschweden und ihre Freunde in Stockholm mit ziemlicher Einmütigkeit an, daß bei kommenden Konflikten zwischen Schwedentum und Esten die deutsche Verwaltung sich nur schwer oder gar nicht dafür entscheiden würde, den Esten wirksam entgegenzutreten. ... Die letzten großen Sorgen der Estlandschweden, übrigens auch der Esten, stellen verständlicherweise die aus den geräumten Gebieten mitgenommenen russischen Siedler dar, deren Nachbarschaft, dem Vernehmen nach, besonders den Estlandschweden drohen soll. ... Reichsschwedischerseits glaubt man in den Estlandschweden ein geeignetes, hinreichend anspruchsloses Element ermittelt zu haben, das für die Besiedlung der unbewohnten Schären vor Stockholm geeignet wäre.“ — Werner Hasselblatt (1890—1958), deutscher Abgeordneter in der 2., 3. und 4. Estländischen Staatsversammlung, Vorsitzender der deutsch-schwedischen Fraktion, maßgeblich an der Annahme und Durchführung des Gesetzes über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten beteiligt, seit 1931 geschäftsführender Vorsitzender der deutschen Volksgruppen in Europa. Vgl. Deutschbaltisches Biographisches Lexikon 1710—1960, hrsg. von W. Lenz, Köln, Wien 1970, S. 302.

1. September 1943<sup>60</sup>, es treffe zu, daß die schwedische Regierung „jetzt entschlossen“ sei, „etappenweiser Durchführung der Umsiedlung einer möglichst großen Anzahl Estlandschweden zuzustimmen“. In Stockholm erfuhr auch der Gesandte Dix vom Gesandtschaftsrat Danckworth, daß im schwedischen Außenministerium gesagt worden sei, daß man nun „positiv zur Frage der Emigration der Estlandschweden stünde“, was früher nicht der Fall war. Der Grund hierfür sei anscheinend, „daß man mit den emigrierten Schweden gute Erfahrungen gemacht hat.“<sup>61</sup> Der schwedische Gesandte in Berlin Arvid Richert übergab am 11. September 1943 im Auswärtigen Amt Unterlagen über die Estlandschweden und sprach die Bitte aus, die Reichsregierung möge Anträge von Estlandschweden auf Übersiedlung nach Schweden wohlwollend prüfen, nicht nur solcher Personen, die Verwandte in Schweden haben; die schwedische Seite sei bereit, mit deutschen Stellen besondere Maßnahmen zur Erleichterung der Übersiedlung zu erörtern.<sup>62</sup> Auf dem Rückweg nach Berlin stellte der Gesandte Dix in Reval fest, daß sowohl der Generalkommissar als auch der SD „nunmehr ebenfalls nichts mehr gegen eine Emigration der Estlandschweden“ hätten. „Man wünsche dort aber nicht eine geschlossene Umsiedlung, sondern daß die Estlandschweden das Land einzeln verlassen.“<sup>63</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren schon 3500 Estlandschweden in Schweden eingetroffen, und es waren keineswegs nur Alte und Kranke. Angesichts der weiterhin kritischen Lage an der Ostfront schien es den Schweden geboten, die Überführungsprozedur zu beschleunigen. Und dazu wandten sie sich Ende 1943 an den Ministerialdirigenten Dr. Kleist. Daraufhin ließ Ribbentrop beim Reichsführer SS sondieren für den Fall, daß „die Schweden zu einem späteren Zeitpunkt in der Angelegenheit offiziell an uns herantreten sollten.“<sup>64</sup> Dieser Zeitpunkt ließ nicht lange auf sich warten. Am 1. Februar 1944 überreichte der schwedische Gesandte in Berlin dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt van Steengracht eine Note vom 29. Januar 1944, in welcher die schwedische Regierung den Wunsch zu erkennen gab, ihren völkischen Vorposten im Osten zurückzuziehen.<sup>65</sup>

60) AA, PA, Deutscher Gesandter in Stockholm Dr. Hans Thomsen an AA und Deutschen Gesandten in Helsinki (v. Blücher), 1. 9. 1943.

61) AA, PA, Notiz des Legationsrates v. Wistinghausen (AA, Kulturabteilung) an Legationsrat Dr. Reichel (AA, Abt. Inland) über Gespräch v. Wistinghausen mit Gesandten v. Grundherr vom 14. 9. 1943.

62) AA, PA, Inl. II C, 45/5, Hencke an Legationsrat Dr. Reichel, 13. 9. 1943, mit Anlagen. — Arvid Richert (geb. 1887) war 1937—1945 schwedischer Gesandter in Berlin.

63) Wie Anm. 61.

64) AA, PA, Büro des Reichsaußenministers (RAM) v. Ribbentrop über den Staatssekretär an Vortr. Legationsrat Wagner, 6. 1. 1944. — „Gegenüber Ministerialdirigent Kleist ist von schwedischer Seite inoffiziell der Wunsch hergetragen worden, die in Estland befindlichen 5000 Schweden in ihre Heimat zurückzuführen. Der Herr RAM bittet, beim Reichsführer SS festzustellen, wie dieser zum Problem steht und wie sich der schwedische Wunsch mit den vom Reichsführer vertretenen volkspolitischen Auffassungen verträgt. Dem Herrn RAM ist eine Klärung des Standpunkts des Reichsführers SS erwünscht, um hierüber unterrichtet zu sein, wenn die Schweden zu einem späteren Zeitpunkt in der Angelegenheit offiziell an uns herantreten sollten.“

Im Februar 1944 ging die Antwort nach Stockholm ab: es ist eine Ablehnung der Stockholmer Wünsche mit der Begründung, das „Großdeutsche Reich als Verteidiger der europäischen Völker gegen den Bolschewismus“ werde auch die schwedische Volksgruppe „unter keinen Umständen der Vernichtung durch den Bolschewismus preisgeben“. Außerdem würde eine Umsiedlung eine „Störung des Wirtschaftsprozesses in Estland und eine lebhaft Beunruhigung der gesamten dortigen Bevölkerung hervorrufen“.<sup>66</sup>

Inzwischen glitt die Entwicklung Berlin aus der Hand. Die in größerem Umfang eingesetzte Flucht der Estlandschweden über die Ostsee war weder zu übersehen noch aufzuhalten. Im Ostministerium wollte man der Abwanderung jetzt offensichtlich keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen. Im Auswärtigen Amt bestanden immer noch Bedenken, „daß eine Veränderung des amtlichen deutschen Standpunktes“ in Estland, Finnland und Schweden „Rückschlüsse auf eine veränderte militärische und politische Lage“ nahelegen könnte.<sup>67</sup>

65) AA, PA, Inl. II D 406/44, Verbalnote der Königl. Schwedischen Gesandtschaft in Berlin vom 29. 1. 1944. Darin heißt es u. a.: „Die Umwälzungen der letzten Jahre in Estland haben diesen Volkssplitter schwer betroffen, der mit immer größeren Schwierigkeiten um die Bewahrung ihrer germanischen Eigenart und ihrer Verbindung mit dem nordischen Kulturkreise kämpft. Durch den Verlust einer großen Anzahl Männer und Frauen im arbeitsfähigen Alter sind die Voraussetzungen der Estland-schwedischen Bevölkerung, in der Zukunft ihren bisherigen völkischen Charakter und überhaupt ihre materielle Existenz innerhalb der alten Siedlungsgebiete aufrechtzuerhalten, ernstlich verschlechtert worden... Anfang September 1943 hat die Schwedische Regierung die Deutsche Regierung um wohlwollende Prüfung der Gesuche auf Erteilung von Genehmigung zur Ausreise nach Schweden gebeten, die von Estlandschweden gestellt wurden. Durch das von der Deutschen Regierung erwiesene Entgegenkommen konnte daraufhin im November und Dezember eine Anzahl alter und kranker Personen, insgesamt einige Hundert, nach Schweden gebracht werden. Die Schwedische Regierung bittet jetzt, daß ihr Möglichkeit bereitet werden möge, den Rest der Estlandschwedischen Bevölkerung, die nach vorhandenen Angaben auf gegen 5.000 Personen geschätzt wird, nach Schweden zu überführen. Die Schwedische Regierung ist bereit, ebenso wie 1943 auch jetzt den Transport von Estland zu übernehmen. Sie ist auch, wie schon im September 1943 mitgeteilt, bereit, mit den deutschen Behörden über Maßnahmen zur Erleichterung der Umsiedlung zu beraten.“

66) AA, PA, Inl. II D 36/2, Entwurf der Verbalnote des AA an die Königlich Schwedische Gesandtschaft in Berlin, Febr. 1944. — Im ursprünglichen Entwurf zur Verbalnote ist folgender letzter Absatz gestrichen: „Sollte jedoch die Kgl. Schwedische Regierung, veranlaßt durch die bewegliche Kampfführung im Osten, den Fall einer erneuten Besetzung Estlands durch die UdSSR im Auge haben und aus der Befürchtung, daß hierdurch den Estlandschweden die Vernichtung droht, eine rechtzeitige Evakuierung nach Schweden vorbereiten wollen, so wäre die Deutsche Regierung bereit, hierüber in Verhandlungen einzutreten mit dem Zweck, ein Abkommen zu treffen, das eine Evakuierung der schwedischen Bevölkerung Estlands nach Schweden für den Eventualfall regelt. Hierüber könnten die Verhandlungen jederzeit in Berlin aufgenommen werden.“ — AA, PA, Telegramm aus Fuschl, gez. Hilger, vom 28. 2. 1944: „Der Herr RAM hat zu der Absendung der Note mit den von ihm handschriftlich vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung erteilt.“

67) AA, PA, Vortragsnotiz für Gruppenleiter Inl. II, Vortr. Legationsrat Wag-

Mit einem neuen Herantreten der schwedischen Regierung in der Umsiedlungsfrage scheint nicht mehr gerechnet worden zu sein; die schwedisch-deutschen Beziehungen waren gespannt.<sup>68</sup> Der Reichsaußenminister war der Auffassung, der deutsche Standpunkt sei klar und es sei „in der Sache daher nichts mehr zu veranlassen“.<sup>69</sup> In einer Anweisung des Ostministeriums an Generalkommissar Litzmann in Reval vom 27. Mai 1944 wird die Gesamtumsiedlung weiter abgelehnt.<sup>70</sup> Am 24. August 1944 wurde dies erneut bekräftigt.<sup>71</sup>

---

ner, zur Vorlage beim RAM, gez. v. Thadden (April 1944, vgl. zum Begleitschreiben Anm. 68). — „Aus der Berichterstattung des Gesandten Windecker, Riga, wie auch aus einem Schreiben des Ostministeriums geht außerdem stark Wunsch der Estlandschweden zur Abwanderung nach Schweden hervor, illegale Flucht hat schon in größerem Umfang eingesetzt. — Reichsminister Ost ist der Ansicht, den Generalkommissar anzuweisen, der Abwanderung künftig keine Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen, die Sorge um die Beschaffung der Einreisevisen und die Erledigung sonstiger Formalitäten jedoch den Estlandschweden selbst zu überlassen. Eine Entschädigung für zurückgelassene Habe könne natürlich nicht gewährt werden. Eine entsprechende Verständigung der schwedischen Regierung müsse dem Ermessen des Auswärtigen Amtes anheimgestellt werden. Gruppe Inland II hat demgegenüber unter Hinweis auf die vom Herrn RAM gebilligte abschriftlich beiliegende Verbalnote an den schwedischen Gesandten Berlin den Standpunkt vertreten, daß keine den Inhalt dieser Verbalnote widersprechende Maßnahmen getroffen werden dürfen und eine Unterrichtung der schwedischen Regierung nicht in Frage käme. Der Reichsminister Ost hat daraufhin gebeten, die Angelegenheit nochmals zu überprüfen. — Für die Auffassung des Reichsministers Ost wäre anzuführen, daß eine illegale Abwanderung, die deutscherseits nicht verhindert werden kann, einen gewissen Prestigeverlust für uns sowohl in Estland als auch in Schweden und Finnland zur Folge haben würde. — Gegen die Auffassung des Ministeriums Ost spricht, außer den in der Verbalnote angeführten Gründen, der Umstand, daß eine Veränderung des amtlichen deutschen Standpunktes Rückschlüsse auf eine veränderte militärische und politische Lage nahelegt, und zwar gleichfalls in Estland, Schweden und Finnland.“

68) AA, PA, Gruppe Inl. II zu Inl. B 748, 27. 4. 1944: „Nach Mitteilung von Gesandten v. Grundherr ist ein neues Herantreten der schwedischen Regierung in der Angelegenheit der Umsiedlung der Estlandschweden nicht zu erwarten, da sie infolge der Zuspitzung der deutsch-schwedischen Beziehungen mit einer Ablehnung rechnen müssen. Gruppe Inl. II bittet daher, die beiliegende Vortragsnotiz dem Herrn RAM zur Entscheidung vorzulegen.“

69) AA, PA, aus Fuschl an Unterstaatssekr. Pol., 5. 5. 1944: „Der Herr RAM ist der Ansicht, daß wir der schwedischen Regierung unseren Standpunkt in der Angelegenheit der Umsiedlung der Estlandschweden seinerzeit durch Verbalnote mitgeteilt hätten und in der Sache daher nichts mehr zu veranlassen sei.“

70) AA, PA, Ostministerium, gez. Bräutigam, an Generalkommissar Litzmann, 27. 5. 1944. Formelle, durch deutsche Behörden durchgeführte Gesamtumsiedlung wird auch weiterhin abgelehnt. Keine Bedenken, da Fluchtbewegung nicht aufzuhalten, gegen individuelle Abwanderung.

71) AA, PA, Ostministerium, gez. Bräutigam, an AA, 24. 8. 1944: „Ich habe den Reichskommissar in Riga sowie Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Riga mit Fernschreiben vom 5. 5. 1944 dahin unterrichtet, daß eine formelle, durch deutsche Behörden durchgeführte Gesamtumsiedlung der Estlandschweden auch weiterhin abgelehnt wird. Außerdem ist mit dem Vertreter des Generalkommissars in Reval die Angelegenheit eingehend erörtert worden... Im übrigen darf ich annehmen, daß dem Bericht der Deutschen Gesandtschaft

Erst im September 1944, zum Zeitpunkt der Wiedereroberung Revals durch russische Truppen, ließ Ribbentrop seine Bedenken fallen und raffte sich dazu auf, die Abwanderung der Estlandschwedens zu genehmigen. Diese aber waren bereits „über alle Berge“.<sup>72</sup> Ein letzter kleiner Rest verließ das Land zusammen mit der deutschen Zivilbehörde unter Generalkommissar Litzmann einen Tag vor Revals Fall in einem Konvoi von drei Passagierdampfern.<sup>73</sup>

Ein geradezu gespenstisch anmutendes Dokument mit Datum vom 16. September 1944 zum Abschluß des Abwanderungsvorgangs ist uns erhalten geblieben. In diesem Telegramm heißt es: „Der RAM ist damit einverstanden, daß Abwanderung Estlandschwedens nach Schweden keine Bedenken in den Weg gelegt werden. Überführung soll jedoch nur sukzessive im Lauf von 3—6 Monaten durchgeführt werden, damit Eindruck vermieden wird, als ob wir Baltikum räumen, was in keiner Weise der Fall ist. — Bitte Vorstehendes dort eintreffendem Min. Dir. Dr. Kleist mit der Ermächtigung des RAM mitzuteilen, daß er mit den Schweden darüber spricht und ihnen in geeignet erscheinender Form unser Entgegenkommen zum Ausdruck bringt. Mitteilung soll nur auf diesem Wege erfolgen. Ostministerium ist unterrichtet.“<sup>74</sup>

Im Abschlußbericht des schwedischen „Komitees für die Estlandschwedens“ wird die Rückführung des estlandschwedisches Stammes in das alte Mutterland als eine vollzogene Tatsache und einzige Rettung angesichts der Entwicklung, die niemand — weder in Schweden noch in Estland — gewollt hatte, bezeichnet. Diese Rückführung des Volkssplitters von den Plätzen seines 700jährigen Wirkens könne als „das letzte tragische Kapitel der Geschichte der schwedischen Ostseepolitik nach 1710 bezeichnet werden“.<sup>75</sup>

### 3. Die estlandschwedisches Umsiedler in Schweden

Bei der Integrierung der Emigranten in die Gemeinschaft des Mutterlandes lag die Regie weiter in Händen des Komitees für die Estlandschwe-

---

in Stockholm vom 21. 7. 1944 eine Beurteilung der Lage zugrunde liegt, die vielleicht im Frühjahr d. J. zutreffend gewesen sein mag, inzwischen aber als überholt angesehen werden kann.“

72) AA, PA, geheime Reichssache, an Ref. Reichel Inl. II, 13. 9. 1944: AA läßt Bedenken gegen Umsiedlung der Estlandschwedens nach Schweden fallen, „da infolge der veränderten militärischen Lage bereits Teile der estnischen Bevölkerung evakuiert werden“. „Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß der zur Verfügung stehende Schiffsraum knapp ist.“

73) Mitteilung von Herrn Bernhard Gramlich (Gütersloh), dem letzten Chefredakteur der „Revaler Zeitung“ während der deutschen Besatzungszeit.

74) AA, PA, Telegramm des AA an Deutsche Gesandtschaft Stockholm, 16. 9. 1944. Vgl. auch Kleist (wie Anm. 46), S. 265.

75) Vgl. den in Anm. 33 genannten Tätigkeitsbericht des Komitees für die Estlandschwedens.

den, das mit Anträgen und Vorschlägen bei den Behörden vorstellig wurde.<sup>76</sup>

Die ersten Rogö-Emigranten vom Herbst 1940 waren in Stockholmer Pensionen und Altersheimen untergebracht worden. Eine Zeitlang reichten dann noch verschiedene vom Komitee gemietete Lokale aus, dann aber waren die Aufnahmemöglichkeiten der Hauptstadt erschöpft, und im Frühjahr 1944 errichtete das Komitee ein Baracken-Aufnahmelager in Östergötland für etwa 2000 Personen, in das alle Ankommenden nach ärztlicher Untersuchung und etwa achttägiger Quarantäne übergeführt wurden. Über eine dort eingerichtete Arbeitsvermittlung wurden sie ins Arbeitsleben weitergeschleust. Die Alten und Kranken kamen in der Obhut der Medizinalverwaltung in ein Sonderlager, um von dort in Altersheime und Krankenhäuser übergeführt zu werden. Dabei wurde dafür gesorgt, daß sie räumlich nicht zu sehr von ihren Angehörigen getrennt und möglichst entsprechend ihrer bisherigen Gemeindegemeinschaft beisammen blieben. Für den Bau eines eigenen Altersheims für die Estlandschweden stiftete die private Svenska Cellulosa AB. (Forstindustrie) ein Grundstück auf der Insel Ramsö in den Stockholmer Schären, der Staat beteiligte sich finanziell, und 1946 konnte das Heim „Kustbohemmet“ 41 Alte aufnehmen.

Das Komitee versuchte von Anbeginn, den Estlandschweden nach einem bestimmten Plan in besonderen Ansiedlungsgebieten, soweit möglich entsprechend früheren Nachbarschaften, Arbeit zu beschaffen. Die Estlandschweden haben sich im allgemeinen gut in Schweden zurechtgefunden. Da sie in Estland zu 90 v. H. Bauern und Fischer gewesen waren, wurden sie zunächst auch in diesen Berufen untergebracht. Da besonders im Agrarsektor großer Arbeitskräftemangel herrschte, wurden sie dort bald absorbiert. Der später auftretenden Tendenz nach Arbeit in den Städten konnte durch eine besondere Agrar- und Fischereiansiedlung entgegen gewirkt werden.

Im Hinblick darauf, daß die überwiegende Zahl der Estlandschweden in Estland selbständige Bauern und Fischer gewesen waren und sie sich daher in Schweden vermutlich nicht so gut akklimatisieren würden, falls sie ihre arbeitsmäßige Selbständigkeit nicht würden beibehalten können, gründete der Estlandausschuß der Reichsvereinigung für die Erhaltung des Schwedentums im Ausland mit einem Startkapital von 100 000 Schwedenkronen schon im Jahre 1940 unter dem Vorsitz des Stockholmer Stadtpräsidenten eine Stiftung „Rågöstiftelse“, deren Vorstand mehrere Mitglieder des „Komitee für die Estlandschweden“ angehören. Ihre Aufgabe ist es laut der von der Regierung bestätigten Satzung, den Einwanderern eigene Bauern- und Fischerstellen zu vermitteln.

Angesichts der zunehmenden Zahl der Einwanderer stellte die Regierung im Frühjahr 1943 der Stiftung weitere 200 000 Schwedenkronen als Darlehen zum Ankauf von Booten und Fischereigerät sowie von Fischerstellen zur Verfügung. Im Sommer 1945 wurden von der Regierung weitere

---

76) Ebenda (auch für das Folgende).

800 000 Schwedenkronen für die Ansiedlungstätigkeit der Stiftung bewilligt. Diese erwarb insgesamt 51 solcher Stellen und verpachtete sie an interessierte Einwanderer, in deren Besitz sie innerhalb eines Jahrzehnts übergingen.

Fischereiboote, Motoren und Werkzeuge vermietete die Stiftung an Interessenten mit 3 v. H. Zinsen jährlich und zehnjähriger Amortisation, die Gebäude wurden mit 2 v. H. Zinsen verpachtet, das dazugehörige Inventar jährlich vermietet. Auf möglichst schnellem Erwerb der Pacht wurde Wert gelegt.

Miet- und Pachtzins lagen bei 2—3 v. H. Dem Pächter stand das Recht zu, die Gebäude zu einem dem Einkaufspreis der Stiftung und den Kosten für die Gebäudeinstandsetzung entsprechenden Preis zu erwerben. Viele Fischer kamen so wieder zu Eigenbesitz. Die Stiftung versuchte, soweit das möglich war, die Siedler in Gruppen zusammen anzusetzen, nämlich auf den Inseln der Stockholmer Schären, auf Öland und auf Gotland sowie in der Landschaft Roslagen nördlich Stockholm, nach der Esten und Finnen ganz Schweden und dessen Bevölkerung benannt haben und aus der — den südfinnischen und nordestnischen Küsten gegenüberliegend — jedenfalls ein Teil der Vorväter der Estlandschweden nach Estland gezogen sein wird. Die Fischer, zu deren Stellen auch etwas Land gehört, haben auch in schwierigen Jahren gute Einkünfte gehabt, da sie sich nebenbei mit Bootsbau befassen. Für die Bauernansiedlung stellte die Regierung 370 000 Schwedenkronen zur Verfügung. Dabei handelte es sich um 83 Grundstücke vom Typus Eigenheim, jeweils etwa 25 Doppelmorgen groß mit etwas Wald, zum Preise von etwa 25 000 Schwedenkronen für das Grundstück und 7000 Schwedenkronen für das Inventar. Der jeweilige Estlandswede erhielt über die üblichen staatlichen Anleihe-möglichkeiten hinaus ein zinsfreies Sonderdarlehen mit Amortisation ab dem fünften Jahr nach Darlehnsnahme innerhalb von 25 Jahren.

Den Umsiedlern, die ja bei ihrer Ankunft kein Bargeld besaßen, wurden auf Grund einer vom Komitee für die Estlandschweden bei der Regierung erlangten Bewilligung je Einwanderer etwa 300 Schwedenkronen gegen Quittung zum Erwerb notwendiger Gegenstände wie Kleider und Wohnungsausstattung zugestanden. Von einem Zentraldepot für Arbeitskleider und notwendiges Mobiliar im Lager selbst wurden die von dort ins Arbeitsleben Eintretenden auch mit einem geringeren bestimmten Betrag als „Startkapital“ versehen.

Die 28 estlandsschwedischen Volksschullehrer, die in Estland einen wichtigen Kultureinsatz geleistet hatten, wurden trotz Fehlens reichsschwedischer Prüfungszeugnisse nahezu augenblicklich im Lehrerberuf verwendet. Sämtliche 28 wurden in Sonderkursen 1945 im Volksschulseminar in Uppsala auf ein nachträgliches Volksschullehrer-Examen geschult.

Denjenigen Estlandschweden, die ihre Studien durch Flucht aus Estland hatten unterbrechen müssen, wurden staatliche Studiendarlehen ohne Bürgschaft oder sonstige Sicherheit in Höhe von 1500 Schwedenkronen per Studienjahr bewilligt, abzahlbar durch jährliche Amortisation vor Ablauf des fünfzehnten Jahres nach Bewilligung der Studienanleihe. Da diese

Mittel nicht immer reichten, sprang die Reichsvereinigung für die Erhaltung des Schwedentums im Ausland mit zusätzlichen Mitteln ein.

Bei ihrer Ankunft in Schweden erhielten die Umsiedler einen Fremdenpaß und im übrigen Hilfe bei allen erforderlichen Formalitäten. Bei der Bewilligung der Gesuche um Zuerkennung der schwedischen Staatsbürgerschaft fand eine Gesetzesbestimmung vom Jahre 1924 Anwendung, derzufolge die schwedische Staatsbürgerschaft, „sofern außerordentliche Gründe“ vorliegen, auch dann zu bewilligen wäre, wenn der Antragsteller noch nicht die normalerweise vorgeschriebenen fünf Jahre in Schweden wohnhaft gewesen ist. Die Gesuche wurden meist innerhalb eines Jahres bewilligt.

Das neue Pensionsgesetz gab auch alten Estlandschweden die Möglichkeit, nach Erwerb der Staatsbürgerschaft in den Genuß der obligatorischen Staatsrente (Volkspension) zu kommen.

In den Jahren 1944 und 1945 wurde mit staatlichen finanziellen Beiträgen an die Gustav-Adolf-Akademie im Mundart- und Altertumsarchiv in Uppsala unter Leitung von Dr. Nils Tiberg mit der Sammlung und Bearbeitung von Zeugnissen der Dialekte und Volkskultur der Estlandschweden begonnen. 1944 wurde auch die Herausgabe der früheren Zeitschrift der Estlandschweden „Kustbon“ wiederaufgenommen; sie erscheint sechsmal jährlich. 1945 wurde die frühere estlandswedische Kulturvereinigung „Svenska Odlingens Vänner“ (S. O. V.) in Stockholm neu gegründet.

### Summary

#### *The Swedes in Estonia and their evacuation into their Swedish motherland during World War II*

After Estonia had been occupied and Christianized by Danes and Germans, also Swedish colonists settled along the northwest coast of this country and on the offshore islands in the 13th and 14th centuries, sporadically even up to the middle of the 18th century. This process took place in connection with the medieval Swedish settlement in Southern Finland. In the course of the centuries the area of Swedish settlement in Estonia decreased. The Swedish ethnic group in Estonia, numbering 7600 persons in 1934, mainly lived in the region around Hapsal (on the peninsula of Nuckö, on the island of Worms/Ormsö, at Rickholz/Rickul and Sutlep), on the islands of Odensholm, Groß Rogö/Stora Rågö and Klein Rogö/Lilla Rågö off the seaport Baltischport/Paldiski, on the island of Nargen/Nargö off Reval/Tallinn and on the island of Runö in the Gulf of Riga. This group chiefly consisted of fishermen, sailors and peasants. In the period between the two World Wars, in spite of the promising minority laws of the Free State of Estonia, the situation of this ethnic group grew serious by the exodus of young people and, as a result, the reduction in the birth rate, as well as by beginning nationalist tendencies of the Estonians.

With the outbreak of World War II the situation of the Swedes in Estonia considerably changed for the worse. When Soviet strongpoints were established along the Estonian coast after the Estonian-Soviet pact of mutual assistance of September 1939, the Swedes had to leave the islands of Odensholm, Groß

and Klein Rogö and Nargen. After the Soviet Republic of Estonia was established in 1940, many Swedes in Estonia wished to leave for Sweden, but only 110 inhabitants of Rogö were allowed to do so. With Estonia being occupied by the Germans the Swedish government started a relief action for the Swedes in Estonia in 1942. But even at that time, as a result of bad experience with the Soviets, many Swedes in Estonia already wished to remove to Sweden. On part of the Germans the Foreign Office only agreed to the exit of a number of ill and old people (from May 1943 on), as for the rest it required the Swedes in Estonia to stay in that country, with the intention of preventing the rest of the population from growing alarmed with regard to the military situation, and to preserve this "Germanic element" in the eastern area of the Baltic Sea. At first the Reich Ministry for the Occupied Territories and the *Generalkommissariat* of Estonia took the same view, they wanted to give the Swedes in Estonia a certain autonomy under German direction; but with the military-political situation changing for the worse they allowed many other Swedes in Estonia to go to Sweden in the course of the sick-transport, especially since it was impossible to prevent an increasing number of people from illegally leaving the country. In February 1944 the Foreign Office still rejected Sweden's demand for exit permits for the rest of the Swedes in Estonia; when it complied under the impression of the Soviets advancing on 16 September 1944, nearly all Swedes had already left Estonia. The Swedish "Committee for the Swedes in Estonia" took care of settling them in their Swedish motherland.